

Dezember 2010

WISO

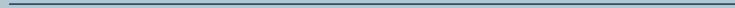
Diskurs

Expertisen und Dokumentationen
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Demokratische Beteiligungsprozesse initiieren, solidarisches Denken und Handeln fördern

Neue Strategien für Parteien
und Gewerkschaften





Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und
Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Demokratische
Beteiligungsprozesse
initiieren, solidarisches
Denken und Handeln
fördern**

Neue Strategien für Parteien
und Gewerkschaften

Serge Embacher

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Vorbemerkung | 3 |
| Einleitung | 4 |
| 1. Demokratie und gesellschaftliches Engagement in Deutschland | 6 |
| 1.1. Politikskepsis und Demokratieverdruss | 7 |
| 1.2. Wandel des gesellschaftspolitischen Engagements | 10 |
| 1.3. Rolle von Parteien und Gewerkschaften | 13 |
| 2. Kernthesen – Mehr Demokratie statt „Führung“ und „Geschlossenheit“ | 15 |
| 3. Zur aktuellen Lage von Parteien und Gewerkschaften | 17 |
| 3.1. Zwischen Anspruch und Realität – Krise der Parteien | 17 |
| 3.1.1. Zum Zustand der Parteien | 18 |
| 3.1.2. Politik in der pluralistischen Gesellschaft: Funktionsanalyse politischer Parteien | 22 |
| 3.2. Zwischen Weltmarkt und Grundsatzdebatte – Krise der Gewerkschaften | 27 |
| 3.2.1. Zum Zustand der Gewerkschaften | 27 |
| 3.2.2. Sicherung der gesellschaftlichen Machtbalance: Funktionsanalyse der Gewerkschaften | 30 |
| 4. Deliberatives Demokratieverständnis als Voraussetzung für Wandel | 32 |
| 5. Strategische Optionen für Parteien und Gewerkschaften | 36 |
| 6. Handlungsempfehlungen | 39 |
| 7. Literatur | 44 |
| Der Autor | 47 |

Diese Expertise wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind vom Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

1. Vorbemerkung

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung verknüpft Analyse und Diskursgestaltung an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Praxis und Öffentlichkeit. Dabei streben wir eine Gesellschaft an, in der die Lebensqualität in Form von Wohlstand sowie gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Teilhabe zwischen den Menschen angeglichen wird, gesichert ist und wächst. Als Leitbild des sozialen Wandels dient uns das Modell der sozialen Demokratie und die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit.

Die Wahlbeteiligung sinkt, Parteien und Gewerkschaften verlieren Mitglieder und „Politikverdross“ breitet sich durch weite Kreise der Gesellschaft bis in die Mittelschichten aus. Die Zahl derjenigen, die ihre Interessen durch Parteien oder Gewerkschaften nicht mehr vertreten sehen, wächst. Gleichzeitig floriert das gesellschaftliche Engagement in Deutschland. Viele Bürger sind bereit, in Sportvereinen, Bürgerinitiativen, Kirchen, Religionsgemeinschaften und sonstigen zivilgesellschaftlichen Organisationen mitzuarbeiten und sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse einzusetzen. Von einem generellen Rückzug ins „Private“ und einem Desinteresse an politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen kann also nicht gesprochen werden.

Serge Embacher analysiert in seinem Gutachten Ursachen für diese Entwicklung. Er macht innerparteiliche Defizite für die zunehmende Entfremdung von Bürgern und Politik verantwortlich. Nicht mehr das gemeinsame Ringen und der Austausch rationaler Argumente be-

stimmen die Entscheidungsfindung, sondern es herrscht eine Kultur der Mehrheitsbeschaffung, die durch Taktik und Verfahrensfragen gesteuert wird. Auch der Schwenk hin zu neoliberalen Politikkonzepten schreckt Bürgerinnen und Bürger ab, die dem Wert der „Sozialen Gerechtigkeit“ eine hohe Priorität einräumen. Die Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftskonzepte verringert auch die Organisationsmacht und Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften. Die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen macht es z.B. schwieriger als früher, die Interessen der Beschäftigten zu bündeln.

Nicht mehr „Geschlossenheit“ und „Führung“ ist für ihn ein Weg aus der Krise der Organisationen. Er fordert stattdessen mehr Partizipation, eine offene Diskussionskultur und eine Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Neben dieser Expertise beleuchten zwei weitere von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik herausgegebene Gutachten den sozialen Wandel aus anderen Blickwinkeln. Rainer Geißler analysiert neuere Entwicklungen der Sozialstruktur Deutschlands. Frank Nullmeier kritisiert neoliberale Menschen- und Gesellschaftsbilder und leitet daraus Konsequenzen für ein neues Verständnis von sozialer Gerechtigkeit ab.

Die drei Expertisen sollen die Diskussionen, wie in einer sozialen Demokratie soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden kann, anregen.

Günther Schultze

Referent der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Einleitung

Gutachten und Expertisen bilden eine Textsorte, die von Haus aus dem konstruktiven Diskurs verpflichtet ist. Einer Darstellung dessen, was der Fall ist, folgt in der Regel eine Analyse oder Interpretation des Beschriebenen nebst einem Katalog von mehr oder weniger aussichtsreichen oder realistischen Handlungsempfehlungen. Auch das vorliegende Gutachten zu Demokratisierungspotenzialen in politischen Parteien und Gewerkschaften folgt am Ende treu dieser Logik. Doch sei vorab eine Bemerkung in de(kon)struktiver Hinsicht gestattet – dies nicht, weil der Autor einen pessimistischen Blick auf die Welt pflegen würde, sondern einfach deshalb, weil der zu begutachtende Gegenstand, also die innere Verfasstheit vor allem der Parteien, allen Anlass zur Sorge um die Zukunft des demokratischen Gemeinwesens gibt.

Der Zustand der Parteien, so wie wir sie heute kennen, bietet nämlich derzeit wenig Anlass zur Hoffnung auf das, was mit dem Titel des vorliegenden Textes benannt wird: Demokratische Beteiligungsprozesse initiieren, solidarisches Denken und Handeln fördern, darauf käme es an, um zu neuen strategischen *und demokratischen* Optionen in Parteien und Gewerkschaften zu gelangen. Doch ist davon derzeit wenig zu sehen. Die politischen Parteien verstehen sich an ihren Spitzen als Machtmaschinen, die auf Professionalisierung ihrer PR-Apparate und Organisationsabläufe, nicht aber auf die dringend notwendige Öffnung zu gesellschaftlich relevanten Diskursen hinarbeiten. Ihr Ziel besteht nicht in der Entwick-

lung von ideologisch-politischen Positionen¹, die man dann mit Hilfe demokratisch errungener Macht² in Parlament und Regierung durchsetzen könnte, sondern im Ausloten von bloßen Machtoptionen. In dieser Perspektive steht nicht die Frage nach politischen Zielen im Vordergrund, sondern wie und welche stabilen Regierungen in einem häufig so genannten „Fünf-Parteien-System“ (Wo wäre hier System zu erkennen?) möglich sind. Die häufig geäußerte Ansicht, im Parlament müssten alle demokratischen Parteien zu Koalitionen untereinander in der Lage sein, ist – abgesehen von ihrer Banalität – nicht viel mehr als die rhetorische Ummantelung des Versuchs, jegliche Festlegung auf verbindliche Ziele im Vorfeld von Wahlen zu vermeiden – Ziele, an denen man sich messen lassen und die man dann sinnvoll mit der Machtfrage verbinden könnte.

Dieses im Politikbetrieb sehr dominante Denken in Machtkategorien („Opposition ist Mist“) ist für die Demokratie auf Dauer gefährlich, weil sie dabei zur bloßen Mehrheitsregel verkommt. „Hauptsache, wir haben die Mehrheit und Entscheidungen kommen formal einwandfrei zustande“, lautet die Devise. Welchen Inhalts diese sind, wird zweitrangig und ist höchstens noch ein Problem bei der Legitimationsbeschaffung. Weiter könnte sich die real existierende Demokratie kaum vom demokratischen Ethos des Egalitären entfernen. Dabei bildeten die Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht von ungefähr das Gründungsmoment für Republik und Demokratie, ist doch mit ihnen

1 Mit „ideologisch-politischen Positionen“ sind hier nicht Ideologien im pejorativen Sinne starrer dogmatischer Denkgebäude gemeint, sondern so etwas wie konsistente politische Positionen auf der Basis nachvollziehbarer weltanschaulicher Axiome.

2 Beim Begriff der Macht ist hier und im Folgenden nicht an begriffliche Konnotationen Max Weberscher Provenienz gedacht, wo – theoretisch anspruchsvoll – unter Macht „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eignen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht“, verstanden wird (Weber 1922: 28). Beim Machtanspruch der politischen Parteien geht es vor allem (nicht ausschließlich) darum, die Regierung zu stellen und – aus der Perspektive der handelnden Personen – darum, im Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit zu stehen. Ob dabei ein identifizierbarer „eigner Wille“ sichtbar wird, scheint zweitrangig.

Demokratie unwiderruflich als ein Projekt beschrieben, bei dem es – nach wie vor und unverändert – um die Etablierung einer gerechten und fairen Gesellschaft geht. Erst eine faire und gerechte Gesellschaft böte die Chance auf Realisierung von Freiheit, das ist der programmatische Auftrag, dem sich im Grunde bis heute alle demokratischen Parteien verschrieben haben.

Aber Hand aufs Herz! Niemand glaubt den Parteien in ihrem gegenwärtigen Zustand, dass sie an der Verwirklichung dieser Ideale noch ernsthaft interessiert wären, geschweige denn daran arbeiten würden? Statt Grundsatzdebatten und programmatischer Neuausrichtung demonstrieren sie „institutionell verhärtete Lernunfähigkeit“ (Münkler 2010: 67), und derzeit ist kaum zu sehen, wie sie aus dieser – teils selbstverschuldeten, teils systemisch induzierten – Situation wieder herauskommen sollen.

Mit der Erinnerung an die Idee der Republik im Zusammenhang mit den Parteien soll keineswegs einer irrealen Überhöhung demokratischer Ideale das Wort geredet werden. Vielmehr geht es darum, die Parteien normativ an den Ursprung ihrer Daseinsberechtigung zu rücken – sie sind die zentralen Akteure der repräsentativen Demokratie und tragen daher wesentlich Verantwortung für den Zustand der politischen Kultur. Demokratie ist die bessere und gerechtere Staats- und Gesellschaftsform, *deshalb* ist sie erstrebenswert und alternativlos – und *deshalb* (nicht weil jemand nach „Machtoptionen“ Ausschau hält) ist es Aufgabe politischer Parteien, „bei der politischen Willensbildung des Volkes“ (Art. 21,1 GG) mitzuwirken. Für das demokratische Gemeinwesen ist es unabdingbar, an der Grundidee der Republik und der damit verbundenen Idee sozialer Bürgerrechte festzuhalten, weil ohne diese Grundvereinbarung menschlichem Leid Tür und Tor geöffnet würde.

Vor diesem Hintergrund der Unausweichlichkeit von Normativität wird es im Folgenden darum gehen, die Demokratiepoteziale von politischen Parteien und Gewerkschaften zu vermessen. Zur Idee der sozialen Demokratie in einer freiheitlichen Gesellschaft gibt es keine lebbare Alternative. Daher wiegt der gegenwärtige Zustand der Krise umso schwerer und verdient unsere volle Aufmerksamkeit.

Übersicht

Die Untersuchung ist so aufgebaut, dass zunächst der Zustand der Demokratie in Deutschland (1.1.) und die Wandlungstendenzen des gesellschaftlichen Engagements (1.2.) skizziert werden, um daran anschließend die (eigentliche) Rolle von Parteien und Gewerkschaften für gesellschaftliche Integration und das demokratische Gemeinwesen zu beschreiben (1.3.). Darauf basiert die leitende Hypothese des Textes, dass die Krise der Parteien und Gewerkschaften nicht durch Stärke und Geschlossenheit, sondern nur durch einen Demokratisierungsschub überwunden werden kann. (2.). Das kontrastiert mit der Darstellung der aktuellen Lage von Parteien und Gewerkschaften. Um beide ist es heute nicht zum Besten bestellt (3.1.1. und 3.2.1.), wenngleich sie – wie ein genauerer Blick zeigt, dringend benötigt werden und wichtige Funktionen für die Demokratie erfüllen (müssten) (3.1.2. und 3.2.2.). Eine Rekonstruktion des ursprünglichen normativen Gedankens der Demokratie und eine darauf aufbauende Darstellung des Leitbilds deliberativer Demokratie (4.) bereitet dann den Schluss der Untersuchung vor, in dem neue strategische Optionen für Parteien und Gewerkschaften als Quintessenz aus dem bis dahin Gesagten beschrieben werden (5.).

1. Demokratie und gesellschaftliches Engagement in Deutschland

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt, mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben ...“ (Böckenförde 1976: 60).

Was der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Ernst-Wolfgang Böckenförde vor fast 35 Jahren präzise auf den Punkt brachte, gilt heute unter veränderten Vorzeichen fort: Die freiheitlich-demokratische Grundordnung kann nicht aus sich selbst heraus bestehen. Sie ist angewiesen auf ein staatsbürgerliches Bewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern, die sich als Teil eines Gemeinwesens verstehen und – zumindest punktuell oder okkasionell – aus freien Stücken bereit sind, dafür Verantwortung zu übernehmen. Es ist die „moralische Substanz des Einzelnen“, die in ausreichender Menge vorhanden sein muss, damit ein Gemeinwesen funktionieren kann.

Dazu bedarf es anspruchsvoller Sozialisationsprozesse, eines guten Bildungssystems und stabiler sozialer Verhältnisse. Unter den Bedingungen zunehmender gesellschaftlicher Heterogenität und einer um sich greifenden tendenziellen Kommodifizierung aller Lebensbereiche werden diese Voraussetzungen – wenngleich sie in

Deutschland *grosso modo* nach wie vor gegeben sind – tendenziell brüchig. Die soziale Spaltung in Haben und Sein auf der einen und soziale Not auf der anderen Seite vertieft sich, das Bildungssystem produziert entgegen aller Reformversuche und Erwartungen nach wie vor in erheblichem Maße „Verlierer“ und Chancenlose, die Familie als zentrale Sozialisationsinstanz ist in Zeiten der „Patchwork-Familie“ und zunehmender elterlicher Orientierungslosigkeit angesichts einer im wahrsten Sinne des Wortes unfassbaren Optionsvielfalt unter Druck geraten.

Während es unter diesen Bedingungen, die sich freilich noch wesentlich komplexer darstellen ließen, zunehmend schwierig erscheint, einen sozialen Konsens über die wichtigsten Voraussetzungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt (soziale Sicherheit, Gesundheitswesen, öffentliche Daseinsvorsorge usw.) zu erzielen, kommt dem gesellschaftlichen Engagement – also im Sinne Böckenfördes die Bereitschaft von Menschen, „moralische Substanz“ zu zeigen – heute eine gesteigerte Bedeutung zu. Längst schon engagieren sich zahlreiche Menschen freiwillig und unentgeltlich dort, wo staatliches Handeln nicht oder nicht mehr hinreicht. Dass sich heute etwa 23 Millionen Menschen bürgerschaftlich engagieren, ist zwar ein Ausweis für das Vorhandensein jener „moralischen Substanz“, jedoch für sich noch keine Garantie für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Damit bürgerschaftliches Engagement tatsächlich in ein geglücktes Komplementärverhältnis zu demokratischer Politik gelangen kann, bedarf es geeigneter politischer Rahmenbedingungen einerseits³, anderer-

3 Die Bundesregierung versucht sich derzeit mit Hilfe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (www.b-b-e.de) an der Entwicklung einer nationalen Engagemenstrategie und misst damit dem bürgerschaftlichen Engagement eine zunehmende Bedeutung bei. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich diese Bemühungen tatsächlich in verbesserten Rahmenbedingungen für gesellschaftliches Engagement in Deutschland niederschlagen werden.

seits kommt den gesellschaftlichen Massenorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften hier eine zentrale Rolle zu. Zumindest für politische Parteien gilt nämlich, dass sie eine wichtige Scharnierfunktion für die Verbindung von Staat und Gesellschaft innehaben (s. u.). In Zeiten zunehmenden Politikverdrossens in Deutschland wird die Bedeutung dieser Scharnierfunktion größer, gleichviel wie defizitär sie möglicherweise aktuell ausgefüllt wird.

Vor diesem Hintergrund werden im folgenden Abschnitt zunächst Grundzüge der gegenwärtigen Demokratiedistanz in Deutschland beschrieben, dies vor allem, um das Gefahrenpotenzial für die auf „moralische Substanz“ angewiesene freiheitliche Ordnung aufzuzeigen (1.1.). Parteien und Gewerkschaften kommt gerade in Zeiten des Politikfrusts und anti-demokratischer Affekte eine enorme Verantwortung für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu. Sie wären diejenigen, die den Symptomen von Demokratieskepsis und Politikdistanz etwas entgegensetzen müssten – und auch entgegenzusetzen hätten. Sie wären diejenigen, die der grassierenden „hochpolitischen Politikverleugnung“ (Ludwig Beck) nicht nur junger Leute neue attraktive und vor allem normativ relevante Angebote entgegensetzen müssten. Tatsächlich stehen sie jedoch vor der bis heute ungelösten Frage, wie sich gesellschaftliches Engagement wieder neu in Großorganisationen einbeziehen ließe. Um dieser Frage näher zu kommen, soll in einem kurzen Überblick das veränderte bürgerschaftliche Bewusstsein vieler Engagierter beschrieben werden – Engagierte, die sich von Großorganisationen vom Typus Partei oder Gewerkschaften ab- und verstärkt anderen Engagementformen zuwenden (1.2.). Von dort ist es dann ein weiterer Schritt, die Rolle und Funktion von Parteien und Gewerkschaften für demokratische Prozesse idealtypisch zu rekonstruieren (1.3.). Das wird die Voraussetzung für die folgende Analyse schaffen, insbesondere dafür, den Blick auf die tatsächliche aktuelle Verfasstheit von Parteien und Gewerkschaften zu lenken.

1.1. Politikskepsis und Demokratieverdruss

Demokratie ist kein Wert an sich. Wer Demokratie lediglich als Entscheidungsverfahren oder als Kampf um Mehrheiten versteht, zerstört mit diesem instrumentellen Verständnis auf Dauer das entscheidende Wesensmerkmal der Demokratie als ein egalitäres Projekt. Ihr tieferer Sinn ergibt sich aus der Idee, dass kein Mensch gegenüber anderen privilegiert sein darf. Sie ist damit im Kern mit der Vorstellung einer gerechten Gesellschaft und sozialer Bürgerrechte verknüpft. Das heißt zugleich, Demokratie kann sinnvollerweise nur als soziale Demokratie verstanden werden. Und genau so ist sie auch – wenigstens in Deutschland – im Bewusstsein der überwiegenden Mehrheit der Menschen platziert.⁴

Zahlen zum Demokratieverdruss

So halten es einer repräsentativen Untersuchung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge⁵ zum Beispiel 99 Prozent aller Befragten für wichtig oder sehr wichtig, dass es sozial gerecht zugeht; 97 Prozent sind der Auffassung, dass Chancengleichheit wichtig bzw. sehr wichtig ist (Embacher 2009: 61). Fragt man dieselben Menschen jedoch danach, ob sie diese Grundwerte sozialer Demokratie auch tatsächlich als in der Gesellschaft realisiert ansehen, treten große Differenzen zutage. Nur zwölf Prozent sind voll und ganz der Auffassung, dass es tatsächlich sozial gerecht zugeht, und nur neun Prozent halten Chancengleichheit voll und ganz für gegeben (ebd., 63).

Der Zustand der Demokratie in Deutschland ist derzeit gekennzeichnet von einer starken Diskrepanz zwischen dem Vertrauen in demokratische Grundwerte wie Gerechtigkeit, Fairness, Toleranz und Freiheit einerseits und einem starken Misstrauen gegenüber der real existierenden Parteiendemokratie und ihren Protagonisten. Das zeigt sich besonders deutlich an der Wahlbeteiligung. An der letzten Bundestagswahl am 27. Sep-

⁴ Vgl. dazu auch Lippl 2008.

⁵ Vgl. zum Folgenden Embacher 2009.

tember 2009 beteiligten sich nur 70,8 Prozent aller Wahlberechtigten und damit so wenig wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Wenn über ein Viertel der wahlberechtigten Deutschen (ca. 18 Mio. Menschen) sich wahlabstinent zeigt, dann lohnt ein genauer Blick auf Motive und Hintergründe. Denn es sind ja nicht nur die sozial Benachteiligten, die eine zunehmende Politikdistanz entwickeln und denen man nachsagen könnte, dass sie aufgrund ihrer materiellen Benachteiligung keinen „Nutzen“ in der Demokratie erkennen können. Vielmehr zieht sich der Verdruss durch weite Kreise der Gesellschaft bis in die Mittelschicht hinein.

Eine zentrale Ursache für diesen Verdruss liegt in einer mittlerweile weit verbreiteten Angst vor sozialem Abstieg, der durch die Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen im Zuge der so genannten „Agenda 2010“ in der Lebenswirklichkeit vieler Menschen ein gutes Stück näher gerückt ist.⁶ So sehen 19 Prozent der Menschen ihr Leben nicht in sicheren Bahnen verlaufen (ebd.: 34). 16 Prozent machen sich große Sorgen um ihre materielle Zukunft, 53 Prozent machen sich zumindest gelegentlich Sorgen. Zieht man die letzten beiden Werte zusammen, ergibt das einen Anteil von 69 Prozent aller Deutschen, denen der Gedanke an sozialen Abstieg und Verlust der materiellen Sicherheit nicht fremd ist (ebd.: 35). Diese Zahl belegt eindrucksvoll, dass der jahrzehntelange zur mentalen Grundausstattung in Deutschland gehörende Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und individuellem Wohlstand zerfallen ist. Während das Bruttoinlandsprodukt tendenziell immer weiter steigt und dies auch für vergleichsweise wenige Menschen erhebliche

Vermögenszuwächse nach sich zieht, stagnieren oder fallen die Reallöhne von abhängig Beschäftigten seit nunmehr fast einem Jahrzehnt.⁷ Die Anzahl der prekären Beschäftigungs- und Leiharbeitsverhältnisse steigt an, und die Situation ist bei vielen durch eine Art „prekäre Stabilität“ gekennzeichnet (zur Prekarität vgl. Bourdieu 1998 und Sennett 1998).

Die angebotsorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der letzten 15 bis 20 Jahre trug und trägt immer noch dazu bei, dass die beschriebene Angst vor sozialem Abstieg weiter steigt. Und es liegt in der Konsequenz dieser Entwicklung, dass 57 Prozent aller Deutschen die Reformen im Zusammenhang mit der „Agenda 2010“ rückgängig gemacht oder ausgesetzt sehen wollen (vgl. Embacher 2009: 57). Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. Fn. 6) verleiht diesem mehrheitlichen Ansinnen eine nicht von der Hand zu weisende Realitätstauglichkeit.

Die Einstellungen zur real existierenden Demokratie hängen eng mit der Einschätzung des Zustands der sozialen Demokratie zusammen. Wenn sich allgemein der Eindruck festigt, dass Demokratie seitens der „offiziellen“ Politik nicht mehr als soziale Demokratie interpretiert und zunehmend unter das Primat der Ökonomie gestellt wird, wendet sich das Wahlvolk langsam, aber sicher vom demokratischen Prozess ab. Ohne soziale Gerechtigkeit sinkt das Vertrauen in die Demokratie.

So sagen mittlerweile 37 Prozent aller Deutschen, dass die Demokratie weniger gut oder schlecht funktioniert, in Ostdeutschland sind sogar 61 Prozent dieser Auffassung (Embacher 2009: 67f.). Und 32 Prozent glauben nicht, dass sich die

6 Während man früher, unverschuldet durch Arbeitslosigkeit in soziale Not geraten, für drei Jahre Arbeitslosengeld in Höhe von etwa 2/3 des letzten Nettoeinkommens erhielt, rutscht man (mit Ausnahmen bei Älteren) nunmehr nach einem Jahr in die Kategorie der „Hartz-IV-Empfänger“ (Leistungen nach SGB II: Regelsatz von 359 Euro pro Monat + Kosten für Unterkunft und Heizung bis zu einer „angemessenen“ Höhe) und steht dann, egal wie viele Jahre man vorher die sozialen Sicherungssysteme durch Beiträge mitfinanziert hat, auf der selben Stufe wie Menschen, die noch nie gearbeitet haben. (Mittlerweile gibt es für Empfänger von Arbeitslosengeld I eine Abfederung, die den Abstieg auf Hartz-IV-Niveau verlangsamt, die jedoch durch das Haushaltsgesetz 2011 und die darin festgeschriebenen Einsparungen im Bundeshaushalt wieder abgeschafft werden soll.) Davon abgesehen ist man gehalten, vor dem Bezug von Sozialleistungen sein (für die Altersversorgung) angespartes Geldvermögen – so vorhanden – bis auf einen relativ geringen Freibetrag aufzubrauchen. Letzteres befördert vor allem die Angst vor Armut im Alter. – Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil vom 9. Februar 2010 festgestellt, dass die Ermittlung der Regelsätze nach SGB II nicht dem aus Art. 1 und 20 des Grundgesetzes abgeleiteten Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums genügt und der Bundesregierung bzw. dem Gesetzgeber aufgetragen, bis zum 1. Januar 2011 eine verfassungskonforme Neuregelung zu erlassen. Es bleibt abzuwarten, wie diese Entwicklung sich auf das soziale Sicherheitsempfinden auswirkt.

7 Vgl. Böckler-Impuls, Nr. 14/2008 (http://www.boeckler.de/pdf/impuls_2008_14_gesamt.pdf).

gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart mit Hilfe demokratischer Entscheidungen lösen lassen (ebd.: 69). Die Untersuchung, aus der diese Zahlen stammen, wurde im Vorfeld der letzten Bundestagswahl durchgeführt, und ihre Ergebnisse decken sich erstaunlich genau mit der sich in der tatsächlichen Wahlbeteiligung zeigenden Demokratiedistanz. Demokratiedistanz bedeutet dabei (meistens) nicht ein Ableiten in extremistische Denkmuster oder Heilslehren. Vielmehr handelt es sich bei den umrissenen Phänomenen um Symptome einer aufgeklärten Ratlosigkeit, die auf Dauer der demokratischen Gesellschaftsordnung schadet. Ohne das grundsätzliche Vertrauen in die demokratische Ordnung kann diese auf Dauer nicht bestehen.

Postdemokratie

Nun sind die geschilderten Phänomene von Demokratiedistanz und Politikverdruss bekanntlich keineswegs naturwüchsig. Vielmehr stellen sie die Folge einer massiven Selbstdepotenzierung von Politik in den letzten Jahren dar. Zahlreiche politische Entscheidungen in den letzten beiden Jahrzehnten haben dazu geführt, dass der Staat sich selbst Möglichkeiten des regulierenden Eingriffs in das gesellschaftliche Geschehen entzogen hat.⁸ Das zieht die faktische Ohnmacht der politischen Akteure in vielen Problemfeldern nach sich. Wo sichtbar wird, dass die Politik handeln müsste, dies aber nicht mehr kann, steigern sich Demokratiedistanz und Politikverdruss.

In der letzten Zeit hat sich in der gesellschaftstheoretischen Debatte für diesen Zustand der Begriff der Postdemokratie herausgebildet.⁹ Der Begriff Postdemokratie basiert auf einer einfachen Beobachtung: Während die Verfahren der Demokratie einwandfrei funktionieren, gerät ihr tieferer Sinn aus dem Blick. Das System von Politik und Verwaltung läuft normal, während die Demokratie als Projekt der Aufklärung, der Vernunft

und der demokratischen Emphase zunehmend in den Hintergrund gerät, was sich darin zeigt, dass zunehmend Beschlüsse gefasst werden, die zwar korrekt zustande gekommen sind, die aber nicht mehr den Mehrheitswillen in der Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

Dagegen – das heißt im Bewusstsein der meisten Menschen – steht die unumstößliche und eigentlich ja auch fast banale Intuition, dass in der repräsentativen Demokratie die politischen Repräsentanten die Vorstellungen der Repräsentierten vertreten (sollten) – jene Repräsentierten, die ihnen durch ihre Stimmen zu Amt und Mandat verholfen haben. Natürlich kommt und kam es immer schon vor, dass Regierungen unpopuläre Entscheidungen zulasten derer treffen müssen, auf deren Stimmen sich ihr Mandat stützt. Doch war in den letzten Jahren vermehrt zu beobachten, dass zentrale politische Entscheidungen gegen die Mehrheit der Bevölkerung getroffen wurden. Die Privatisierung der Bahn, die Agenda-Reformen, die Rente mit 67 oder auch der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr: Bei jedem dieser Themen besteht eine konstante und eindeutig ablehnende Haltung bei der Mehrheit des Wahlvolks. Gleichwohl finden sich immer wieder parlamentarische Mehrheiten *dafür*. In der über viele Jahre angehäuften Enttäuschung über politische Entscheidungen gegen die Mehrheit der Bevölkerung dürfte eine der zentralen Ursachen für Wahlabstinenz und Demokratieskepsis liegen.

Zahlreiche Frustrierte, Enttäuschte (und auch Gelingweilte) wenden sich ab, wenn sie solche Entwicklungen mit einem Gefühl der Ohnmacht (im Wortsinne) mitverfolgen müssen. Die Verantwortung für die wachsende Demokratieskepsis muss nicht bei den Politikabstinenten, sondern im politischen System selbst gesucht werden. Gravierende Fehlentwicklungen im politischen Mainstream der letzten 20 Jahre haben in die verfahrenere Situation der Gegenwart geführt: Der zunehmenden Anballung ökonomischer Macht

⁸ Einmal privatisierte Verkehrssysteme und Wasserbetriebe lassen sich nicht mehr ohne Weiteres durch staatliche Eingriffe lenken, und hochriskante und für die weltweite Krise mitverantwortliche Finanztransaktionsinstrumente wie Hedge-Fonds und Leerverkäufe wurden im Namen der Standortattraktivität zugelassen und können nun nicht mehr hinreichend reguliert werden.

⁹ Zur Diskussion über das Phänomen Postdemokratie vgl. u. a. Guéhenno 1994, Buchstein/Nullmeier 2006, Richter 2006, Jörke 2005 und 2006, Fischer 2006, Blühdorn 2006, Crouch 2008a u. 2008b.

durch die schiere Logik der Kapitalkonzentration ist man nicht länger mit einer korrigierenden und umverteilenden Politik der sozialen Gerechtigkeit, sondern mit einer permanenten und nachlaufenden Anpassung an vorgebliche Sachzwänge begegnet. Das „Märchen“ vom teuren Sozialstaat, den man sich nicht mehr leisten könne, wenn man im Globalisierungswettbewerb mithalten wolle, wurde parteiübergreifend als neue Meta-Erzählung akzeptiert.

Die daraus unmittelbar resultierenden starken Einschnitte bei den sozialen Bürgerrechten sorgten und sorgen bis heute für massiven Demokratiefrost. Heute stellt sich heraus, wie wichtig die Definition von Demokratie als soziale Demokratie für die Akzeptanz dieser Herrschafts-, Kultur- und Gesellschaftsform ist. Denn Demokratie als bloß formale Kategorie der Freiheit, so hat sich gezeigt, taugt nicht als Fundament für die Verfasstheit moderner Gesellschaften. Erst wenn das demokratische System auch die materiellen Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe bereitstellt, findet es breite Akzeptanz. Das ist freilich nichts Besonderes und entspricht dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, in dem die Definition von Demokratie als soziale Demokratie eindeutig gegeben ist.¹⁰ Doch scheint der Sinn dieser zentralen Staatszielbestimmung mehr und mehr aus dem Blick geraten zu sein. Und so konnte die Demokratie in die postdemokratische Krise geraten: Während ihre Institutionen tadellos funktionieren, wenden sich Millionen von Menschen verunsichert und desillusioniert ab.

1.2. Wandel des gesellschaftspolitischen Engagements

Von den Vorzeichen einer heraufziehenden postdemokratischen Situation scheint das gesellschaftliche Engagement in Deutschland unbe-

rührt. Über 23 Millionen freiwillig Engagierte zeugen von einer in großer Breite vorhandenen Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen einzusetzen und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.¹¹ Dieser Umstand deutet darauf hin, dass die wachsende Wahlabstinenz *nicht* den Schluss einer allgemein um sich greifenden politischen Gleichgültigkeit zulässt. Es spricht vielmehr einiges dafür, dass die Abkehrbewegung eher dem leerlaufenden und für viele Menschen offenbar abstoßenden Politikbetrieb in der parlamentarischen Demokratie gilt und sich das Engagement von den klassischen Formen in Parteien und Gewerkschaften weg und in die organisierte Bürgergesellschaft hineinverlagert.¹² Dieser Befund ist deshalb interessant, weil er Parteien und auch Gewerkschaften die Chance eröffnet, durch die Initiierung neuer demokratischer Beteiligungsprozesse und die Förderung solidarischen Handelns jene integrativen Kräfte in die Politik zurückzuholen, auf die der freiheitliche und säkulare Staat auf Dauer angewiesen bleibt.

Bevor aber die mit dieser Feststellung verbundenen Innovationspotenziale vermessen werden können, bedarf es einer kurzen Analyse des gesellschaftlichen Engagements in Deutschland. Erst die genauere Kenntnis über den Wandel vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement und die damit verbundenen Folgen ermöglicht eine folgenrelevante Reflexion über die Organisationsentwicklung von Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften.¹³

Der zunächst künstlich anmutende Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ hat seit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur *Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements* (2000-2002) in die Engagementdebatte Einzug gehalten. Dabei handelt es sich um ein Kunstwort, das als Oberbegriff eingeführt wurde für die vielen verschiedenen Namen, unter denen das Phänomen auftritt: Freiwilligenarbeit, Bürger-Engagement, Selbsthilfe, Ehrenamt und anderen.

10 Art. 20,1 des Grundgesetzes lautet „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ und unterliegt der Ewigkeitsklausel nach Art. 79,3 GG.

11 Umfassende Zahlen und Daten zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland bieten die von der Bundesregierung beauftragten Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009.

12 Vgl. dazu Rucht 2010 und Dathe/Priller/Thürling 2010.

13 Vgl. zum Folgenden Embacher/Lang 2008: 19-32.

Zudem steht „bürgerschaftliches Engagement“ für das Prinzip der Vielfalt von Engagementformen und damit für ein inklusives Verständnis, das viele Engagementformen gelten lässt. „Es geht [um] eine Verbindung von klassischer Gemeinderatstätigkeit und moderner Protestpolitik in Bürgerinitiativen, von religiös motiviertem lebenslangem Engagement in einer Kirchengemeinde und projektorientierter, mit hohen Selbstverwirklichungsansprüchen aufgeladener, neuer Ehrenamtlichkeit, von hundertjährigen Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben der Alternativszene. Mit der Bezeichnung „Bürgerschaftliches Engagement“ werden sie mit Bedacht in den gleichen Begriffstopf geworfen“ (Roth 2000: 32).

Für den Begriff des bürgerschaftlichen Engagements spricht die Offenheit für unterschiedliche Engagementformen und diesen zugrunde liegende unterschiedliche Selbstverständnisse der Engagierten. Laut Freiwilligensurvey finden sich nur 32 Prozent der Engagierten in dem Begriff „Ehrenamt“ wieder, 48 Prozent bevorzugen den Ausdruck „Freiwilligenarbeit“, weitere sechs Prozent das „Bürgerengagement“ (Rosenblatt 2000: 51). Jeder Begriff steht für andere Engagementformen und für ein anderes Selbstverständnis der Engagierten. So findet man den Ausdruck Selbsthilfe vor allem im Gesundheitsbereich, das Bürgerengagement etwa in Bürgerinitiativen und anderen politischen Aktivitäten jenseits von Parteien und Parlamenten und das Ehrenamt beispielsweise in der Kommunalpolitik oder bei der Feuerwehr.

In der begrifflichen Entwicklung vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement artikulieren sich Veränderungen in den Interessen, den Motiven und dem Verhalten der Engagierten. Dabei lassen sich einige Kernelemente herausarbeiten:

Solidarität und Selbstverwirklichung: Wer sich engagiert, tut dies nicht nur für andere. In den Motivlagen der heutigen Engagierten verschränken sich vielmehr Solidarität und Selbstverwirklichung: Motive wie „etwas für das Gemeinwohl tun“ und „anderen Menschen helfen“ stehen gleichrangig neben dem Interesse an Sozial-

kontakten mit Gleichgesinnten, der Erweiterung eigener Erfahrungen und Kompetenzen sowie auch der Vertretung eigener Interessen oder Lösung eigener Probleme (Rosenblatt 2000: 113; Enquete-Kommission 2002: 113ff.). Auch Motive des Qualifikationserwerbs sowie das Knüpfen von Kontakten, die von beruflichem Nutzen sein können, gewinnen immer mehr an Bedeutung (Gensicke/Picot/Geiss 2006).

Individualisierung und Pluralisierung: Noch vor wenigen Jahrzehnten verpflichteten sich die meisten Engagierten langfristig bei einer bestimmten Organisation und blieben ihr häufig ein Leben lang verbunden. Dem Milieu, in dem man als Kind aufwuchs – die Kirchengemeinde, die Partei, der Sportverein oder die Freiwillige Feuerwehr – blieb man ein Leben lang zugehörig (Enquete-Kommission 2002: 118). Eine Engagementbiographie in einer politischen Partei etwa begann in der Jugendorganisation und verlief über Ämter im Ortsverband und ein kommunales Wahlamt oder das soziale Engagement bei einer nahestehenden Wohlfahrtsorganisation wie der AWO oder der Caritas bis zur späteren Teilnahme an den Veranstaltungen der Seniorenorganisation. Feuerwehrleute begannen ihre Freiwilligenkarriere in aller Regel in der Jugendfeuerwehr. Und wer als Kind in eine Kirchengemeinde kam, fügte sich von der ersten Jugendfreizeit bis zum Alternachmittag in eine Abfolge von altersgemäßen Engagementgelegenheiten ein. Mit der Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen lösten sich die traditionellen Milieus allmählich auf und verloren ihre soziale Bindekraft. Lebenswege sind heute weniger durch Milieuzugehörigkeit vorgezeichnet als durch (damit verknüpfte) Bildungschancen, durch Geschlechterrollen, individuelle Lebensentscheidungen und andere Faktoren. Das bürgerschaftliche Engagement muss deshalb zur je individuellen Lebenssituation und deren spezifischen Anforderungen passen (Enquete-Kommission 2002: 120).

Partizipation und Selbstbestimmung: Während sich die Engagierten früher bereitwillig(er) in vorgegebene Organisations- und Entscheidungsstrukturen einfügten, soll das bürgerschaftliche Engagement heute einen selbstbestimmten und

eigenverantwortlichen Erfahrungs- und Handlungsraum eröffnen, in dem eigene Vorstellungen und Gestaltungsideen realisiert werden können. Das klassische Ehrenamt sah noch vor, dass der Aktive sich in eine hierarchische Struktur einfügt und deren Eigenrecht akzeptiert. Diese Bereitschaft, sich einzufügen, scheint den Engagierten mehr und mehr abhanden zu kommen. Vielmehr gewinnen Bedürfnisse wie Eigenverantwortung und Gestaltungskompetenz an Bedeutung. Darin artikulieren sich weitgehende Partizipationsansprüche einer selbstbewusst gewordenen und emanzipierten Bürgerschaft. Fast allen Engagierten (95 Prozent) ist es heute wichtig, die Gesellschaft durch ihr Engagement mitgestalten zu können (Gensicke/Picot/Geiss 2006: 81). Darüber hinaus gibt nahezu die Hälfte der Engagierten an, dass sie ihr freiwilliges Engagement als eine Form von politischem Engagement begreifen (ebd.). Bürgerschaftliches Engagement versteht sich also zu einem großen Teil als politisches Engagement, allerdings – und das ist für den vorliegenden Zusammenhang wichtig – *ohne* (partei-)politische Absichten. Dem politischen Anspruch der meisten Engagierten liegt kein partei- oder machtpolitisches, sondern ein partizipativ erweitertes Politikverständnis zugrunde. Heute zeichnen sich immer stärker die Auswirkungen dessen ab, was Max Kaase schon vor fast 30 Jahren als „partizipatorische Revolution“ beschrieben hat: „Von einer partizipatorischen Revolution zu sprechen, mag auf den ersten Blick übertrieben erscheinen. Gemeint ist damit die Auffassung oder These, dass die entwickelten Industriegesellschaften des Westens sich zunehmend einer umfassenden Forderung der Bürger nach Ausweitung ihrer sozialen und politischen Beteiligungsrechte gegenübersehen“ (Kaase 1982: 177).

Dieses partizipativ erweiterte Politikverständnis ist auch ein Ausdruck demokratischer Erfolgserlebnisse aus der Zeit der Neuen Sozialen Bewegungen der 1980er Jahre. Die Friedens-, Frauen-, Ökologie- oder Dritte Welt-Bewegung setzten neue Themen auf die politische Agenda und protestierten gegen neue Lebensgefahren durch Rüstungswettläufe und Risikotechnologien und ebenso gegen Gewalt-, Unterdrückungs- und Aus-

beutungsverhältnisse zwischen den Geschlechtern, zwischen Erster und Dritter Welt oder zwischen Mensch und Natur. Zudem entstanden neue politische Beteiligungsformen: Der Slogan „Das Persönliche ist politisch“ etwa, mit dem die Frauenbewegung gegen die machtförmige Verfasstheit der so genannten Privatsphäre aufbegehrte, steht für einen engen Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und individueller Lebensführung.

An diesen drei Entwicklungslinien – *Verbindung von Solidarität und Selbstverwirklichung, Individualisierung und Politisierung von bürgerschaftlichem Engagement* – lässt sich eine eindeutige gesellschaftliche Bewegung zu mehr Demokratie, Partizipation und Selbstbestimmung ablesen. Diese Entwicklung ist freilich kein bruchloser historischer Fortschrittsprozess – die Geschichte von Demokratie und Partizipation ist nicht nur in Deutschland voller Rückschläge und Widersprüche. Doch kann man mit guten Gründen behaupten, dass die drei analysierten Trends auch Auswirkungen auf das Engagement in Parteien und Gewerkschaften haben.

Es lässt sich also festhalten, dass die begriffliche Verschiebung vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement einer gesellschaftspolitisch relevanten Entwicklung folgt. Das Ehrenamt datiert aus vordemokratischen Zeiten, nämlich aus der preußischen Städte- und Gemeindeordnung des frühen 19. Jahrhunderts. Es konnte in den unterschiedlichsten politischen Systemen existieren, im preußischen Absolutismus ebenso wie in der Weimarer Republik, in der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik. Daher kann man sagen, dass das Ehrenamt politisch neutral ist. Sofern es in den unterschiedlichen Staatsformen systemkritische Aktivitäten gab, traten diese nie im Rahmen des Ehrenamtes auf. Ganz anders beim bürgerschaftlichen Engagement. Zu ihm „gehören öffentliche Kritik und Widerspruch, d. h. Formen der Selbstorganisation, die neu, unbequem, herausfordernd und (noch) nicht anerkannt sind“ (Enquete-Kommission 2002: 74). Bürgerschaftliches Engagement hat in diesem Sinne einen immanenten Demokratiebezug.

1.3. Rolle von Parteien und Gewerkschaften

Parteien und Gewerkschaften spielen – ungeachtet ihres gegenwärtigen Zustands – eine für das Funktionieren moderner Gesellschaften zentrale Rolle. Indem sie in den zwei wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen – der Sphäre politischer Entscheidungsmacht sowie der Sphäre materieller Reproduktion – Schlüsselpositionen besetzen, kommt ihnen auch eine Schlüsselbedeutung zu: In der Politik geht es um vernünftige, das heißt anhand der Standards kommunikativer Vernunft rational nachvollziehbarer Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben, in der Wirtschaft um eine angemessene Verteilung des produzierten Reichtums im Sinne eines Ausgleichs für das mit dem Kapitalverhältnis verbundene ursprüngliche Moment der Ungerechtigkeit. Politik und Wirtschaft sind die beiden Subsysteme, die sich aus der Lebenswelt der Gesellschaft funktional ausdifferenziert haben (vgl. Habermas 1981) und von deren Zustand Wohl und Wehe der Gesamtgesellschaft – oder auch der gesellschaftlichen Lebenswelt – abhängt.

Die Rolle von Parteien und Gewerkschaften als zentrale Akteure in diesen gesellschaftlichen Sphären kann man wegen der mit ihnen verbundenen Bedeutung kaum überschätzen. Alle relevanten Entscheidungen in Politik und Wirtschaft kommen unter Mitwirkung von Parteien und Gewerkschaften zustande bzw. berühren die Rolle von Parteien und Gewerkschaften:

– *Parteien*: Nahezu alle entscheidungsrelevanten Positionen in Politik und Staat werden von Parteien besetzt oder bestimmt. Egal, ob Parlamentsmandate, Regierungspositionen, Verfassungsrichter oder Rundfunkräte – überall wird das Personal aus der Mitte politischer Parteien rekrutiert. Damit haben die Parteien sowohl personell, aber davon abgeleitet natürlich auch inhaltlich-politisch, faktisch das Monopol der Politik inne. In der Parteipolitik liegt daher der Kern der Gestaltungsmacht über das demokratische Gemeinwesen.

– *Gewerkschaften*: Auch wenn der Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft in den meisten Betrieben heute stark abgenommen hat, bilden Gewerkschaften nach wie vor *den* zentralen Faktor bei den Fragen von Mitbestimmung und Lohngerechtigkeit. An der Stärke der Gewerkschaften bemisst sich die Stellung von lohnabhängig Beschäftigten im Produktionsprozess und damit auch allgemein die gesellschaftliche Bedeutung und Wertschätzung der Erwerbsarbeit. Hier liegt der Ursprung für soziale Gerechtigkeit (oder eben ihr Gegenteil).

Von diesen für die Demokratie zentralen Grundbestimmungen abgeleitet leitet sich auch die „offizielle“ Funktionsbestimmung von Parteien und Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft ab. Im Grundgesetz findet sich das so genannte Parteienprivileg, das den politischen Parteien eine nahezu unanfechtbare Stellung verleiht. Sie „wirken bei der politischen Meinungsbildung des Volkes mit“, heißt es (lapidar und bisweilen schwer interpretierbar) in Artikel 21,1 – und aus dieser Norm ergibt sich auch das Recht der Parteien auf öffentliche Finanzierung, obschon sie zunächst nichts weiter als Interessenvereinigungen von Privatleuten zu weltanschaulichen Zwecken sind.

Gewerkschaften sind in ähnlicher Weise rechtlich privilegierte Vereinigungen; nicht von bloßen Privatleuten, sondern von lohnabhängig Beschäftigten. Art. 9,3 GG besagt: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“ Gewerkschaften sind Tarifpartner in der Auseinandersetzung mit Arbeitgeberverbänden um Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen und haben damit erheblichen Einfluss auf Fragen der materiellen Reproduktion der Gesellschaft, wenngleich ihr Einfluss historisch immer wieder starken Schwankungen unterworfen war. Darüber hinaus sehen sich Gewerkschaften aber auch als gesellschaftspolitische Akteure, die wie Interes-

senverbände Lobbyarbeit betreiben und – in der derzeitigen politisch-ideologischen Großwetterlage mit eher geringem Erfolg – versuchen, auf die großen Linien der sozialpolitischen Debatten einzuwirken.

Im Prozess der Demokratie stellen Parteien und Gewerkschaften zentrale Größen dar. Ihnen obliegt (oder obläge) es, politische Meinungsströme zu bündeln und in Leitbilder und bündige Konzepte von Politik zu übersetzen (Parteien) oder die Bedingungen und Voraussetzungen für eine nach Fairness- und Gerechtigkeitskriterien organisierte Arbeits- und Erwerbsgesellschaft auszuhandeln bzw. zu erstreiten (Gewerkschaften). Ohne diese ordnenden Größen wäre gesellschaftliche Integration unmöglich. Ein richtungsloser und auf Dauer gestellter „Kampf aller gegen alle“ (im Sinne Hobbes') bzw. eine von Ausbeutung und materieller Not gezeichnete Arbeitsgesellschaft, wie sie in den Anfängen des modernen Kapitalismus im 19. Jahrhundert existierte, wären die Folgen.

Die Rolle von Parteien und Gewerkschaften ist aber nicht nur funktional oder ordnungspolitisch relevant. Sie haben überdies – und das ist noch ungleich wichtiger – die Aufgabe, normativ im Wortsinne zu arbeiten. Nach welchen Normen und Regeln wollen wir das Zusammenleben in der Gesellschaft organisieren? Welche Maßstäbe legen wir an für Wohlstand und Armut? Und was bedeutet gesellschaftliche Inklusion heute? Ja, was ist überhaupt das einigende Band, das die Gesellschaft heute noch zusammenzuhalten vermag? Diese über tagesaktuelle Streitpunkte weit hinausreichenden Fragen brauchen einen Ort, an dem sie folgenrelevant und grundsätzlich bearbeitet werden können. Parteien und Gewerkschaften als wichtigste Akteure in Politik und Wirtschaft sind (neben Arbeitgeberverbänden und einigen einflussreichen Großstiftungen) die prädestinierten Organisationen, um diesen Ort zu „bespielen“. Je weniger sie das tun oder zu tun vermögen, umso schlechter gerät der

Zustand der Demokratie, die als „nachmetaphysisches“ Projekt auf den Austausch der Meinungen und auch auf den zivilisierten Kampf oder das Ringen der Weltanschauungen konstitutiv angewiesen ist.

Vor dem Hintergrund des in Punkt 1.1. und 1.2. Ausgeführten lässt sich nun etwas besser sehen, was genau die aktuelle Krise von Parteien und Gewerkschaften ausmacht. Während die Kraft der politischen Parteien, Menschen an die Politik zu binden und sie auf Dauer für die „Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten“ (Max Frisch) zu interessieren und entsprechend zu politisieren, deutlich nachgelassen hat und weiter nachlässt, büßen sie zeitgleich – und damit zusammenhängend – durch massiven Mitgliederschwund Organisationsstärke und damit gesellschaftlichen Einfluss und Kampagnenfähigkeit ein. Das gilt auch für die Gewerkschaften, die in den letzten beiden Jahrzehnten viel von ihrer gesellschaftspolitischen Macht und ihrer Organisationsstärke eingebüßt haben.

Eine funktionierende Demokratie wäre aber auf beides angewiesen – auf politisches Interesse einerseits und auf das Engagement in gesellschaftlichen Großorganisationen andererseits. Man kann sich also nicht einfach mit dem Hinweis zufrieden geben, dass es – entgegen einer verbreiteten Annahme – *keine* weitreichende Entpolitisierung der Gesellschaft gibt und sich Engagement und politisches Interesse lediglich auf andere Organisationen und Organisationsformen verlagert haben. Denn die Bedeutung, die Parteien und Gewerkschaften im gesellschaftspolitischen Prozess innehaben, vermag keine andere Organisation zu kompensieren. Weder freie Wählergemeinschaften noch gewerkschaftsunabhängige Arbeitnehmervereinigungen besitzen die potenzielle Kraft und schiere Masse, um die für den demokratischen Prozess enorm wichtigen Rollen der politischen Meinungs- und Entscheidungsfindung bzw. der „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ in angemessener Weise zu übernehmen.

2. Kernthesen – Mehr Demokratie statt „Führung“ und „Geschlossenheit“

Was ist nun das Grundproblem der Parteien- und Gewerkschaftskrise, die sich freilich auf je unterschiedliche Weise manifestiert und die unter (3.) noch näher spezifiziert werden wird? Dazu sollen im Folgenden einige Kernthesen formuliert werden, in deren gedanklichem Rahmen sich der vorliegende Text insgesamt bewegt.

Dabei kommt es vor allem darauf an zu zeigen, dass die Krise der Parteien und Gewerkschaften nicht „mehr Führungsstärke“ und „Geschlossenheit“, sondern mehr Demokratisierung verlangt.

Die Forderung nach „Führung“ steht im Kontrast zur demokratischen Ausgangsidee, dass nicht die Autorität von Personen (als Relikt der formierten vormodernen Gesellschaft), sondern die Plausibilität von Überzeugungen und Argumenten bei der Frage nach den Zielen von Politik leitend sein sollte. Und „Geschlossenheit“ steht im deutlichen Widerspruch zur Kultur und Lebensweise offener Gesellschaften.

Nun sollen – so wird es immer wieder massenmedial postuliert – vor allem Parteien als zentrale Organisationen der Demokratie in der offenen Gesellschaft die Grundprinzipien *Diskurs* und *Offenheit* – und sei es der effektiveren PR-Strategie zuliebe – aufgeben! Das kann auch bei allem zugestandenem Pragmatismus der Tagespolitik nicht die Orientierungsmarke für Politik sein. Demokratische Streitkultur erfordert Offenheit und Reversibilität. Dieser normative Anspruch darf nicht aufgegeben werden, wenn die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft weiter gewährleistet werden soll. Andernfalls ist der Zerfall der freiheitlich-demokratischen Grundordnung langfristig kaum zu verhindern, denn eine auf personaler Autorität

und geschlossenen Diskursen basierende Gesellschaft vermag keine rational begründbaren Regularien für das Zusammenleben aufzustellen. Mit „Führung“ und „Geschlossenheit“ kann man sich an „die Macht“ bringen und dort mehr oder weniger lange halten, eine demokratische Ordnung lässt sich damit allein auf Dauer nicht sichern.

Aus diesen grundlegenden und unhintergehbaren „Geschäftsbedingungen“ der Demokratie lassen sich für Parteien und Gewerkschaften Analyse- und Lösungsansätze ableiten:

- **Partizipation:** *In den Parteien und Gewerkschaften zeigt sich – freilich jeweils auf andere Weise – ein tiefgreifender und strukturell bedingter Mangel an partizipatorischem Bewusstsein.* Partizipation – verstanden als gleichberechtigte Teilhabe an Entwicklungsprozessen und Handlungsstrategien – muss aber heute mehr denn je als *das* Kernelement jedes demokratischen Prozesses verstanden werden.¹⁴ In pluralistischen, multi-optionalen, multi-ethnischen und hochgradig funktional ausdifferenzierten Gesellschaften kann man sich den politischen Prozess nicht mehr als etwas vorstellen, was aus vorgängigen und hergebrachten normativen Überzeugungen resultiert. Die Arbeitnehmerpartei SPD weiß heute nicht mehr selbstverständlich, was legitime Interessen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind – ebenso wenig wie konservative Parteien heute noch genau angeben könnten, wovon eigentlich die Rede sein soll, wenn das Wort „konservativ“ verwendet wird. Die Teilhabe von möglichst vielen Mitgliedern ist für den Fortbestand von Parteien und Gewerkschaften essentiell, wenn sie ihren Charakter als meinungsbildende und hand-

¹⁴ Zum Begriff der Partizipation vgl. Roth 2010.

lungsfähige Diskursbündeler und damit ihren eigentlichen Daseinsgrund für die Demokratie nicht verlieren wollen.

- **Deliberation:** *Demokratische Politik kann heute nur als ein dynamischer und veränderlicher Prozess der Deliberation (Beratschlagung) verstanden werden.* Andernfalls werden die Protagonisten dieses Prozesses, namentlich die politischen Parteien, künftig auf immer weniger Akzeptanz stoßen. Wer unter Politik lediglich die Verkündung von Einsichten und Handlungsabsichten und unter Demokratie den Gang zum Wahllokal alle vier oder fünf Jahre versteht, hängt einem veralteten Verständnis nach, das auf Dauer immer weniger Anhänger finden wird. Partei- und Gewerkschaftspolitik müssen unter den Vorzeichen eines deliberativen Demokratieverständnisses reformuliert werden, um wieder attraktiver und akzeptanzfähiger zu werden (siehe 4.).
- **Reformulierung der Sozialen Frage:**¹⁵ *Ein Einstellungswechsel zu mehr Partizipation und Demokratisierung hätte starke Auswirkungen auf die Substanz von Politik.* Zumindest bei den politischen Parteien (namentlich der SPD) spricht sehr viel für die Annahme, dass eine tatsächliche, das heißt ernst gemeinte Einbeziehung der Parteibasis in den Prozess der Meinungs- und Entscheidungsfindung auch zu einer erheblichen politischen Kursänderung in Richtung einer Stärkung des Wohlfahrts- und Sozialstaats beitragen würde. Organisationsfragen sind den inhaltlich-politischen Fragen ja nicht

äußerlich. Wenn demokratische Beteiligungsprozesse tatsächlich Wirkung zeigen und politische Schlagkraft wieder vergrößern helfen sollen, dann wird das nur möglich sein, wenn neue Strategien auch zu neuer Politik führen. Ähnliches gilt auch für die Gewerkschaften, die über neue Beteiligungsprozesse zumindest zu einer Selbstvergewisserung über ihre aktuelle Situation und damit zu anderen Mitgliederstrategien und Aktionsformen gelangen können. Die Soziale Frage nach den grundlegenden Bedingungen in der Arbeitswelt hätte in den Gewerkschaften ihren natürlichen Ort.

- **Neuerfindung des Politischen:** *Die aktuelle Lage erfordert nichts weniger als eine Neuerfindung des Politischen unter den Vorzeichen echter demokratischer Beteiligung.* Alle Formen einer von oben gesteuerten „Beglückungspolitik“ sind an ihre Grenzen gelangt und müssen – beinahe zwangsläufig – eingestellt werden zugunsten einer Politik der offenen Debatte und der klaren Ausrichtung an der Idee sozialer Demokratie. Das neoliberale Zeitalter hat der Demokratie schwer zugesetzt. Das Vertrauen in ihre sozialen Grundlagen ist erschüttert. Und bevor nicht das marktgläubige Paradigma eines falsch verstandenen Liberalismus überwunden wird, kann es auch mit der parlamentarischen Demokratie nicht besser gehen. Dazu bedarf es vor allem in den politischen Parteien des Weges einer Rückbesinnung auf die Idee der sozialen Demokratie als kollektiver Aneignung des Gemeinwesens.

15 Dass es sich hier bereits um die zweite Reformulierung der aus dem 19. Jahrhundert stammenden „Sozialen Frage“ handelt, zeigt nur umso deutlicher, dass das mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und gesellschaftlichen Liberalisierungsschüben einhergehende Problem der materiellen und sozialen Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen bis heute offen ist. Die durch Heiner Geißler und andere in den 1970er Jahren aufgeworfene „Neue Soziale Frage“ ist nicht nur in der CDU, sondern auch in den anderen Parteien ohne schlüssige Antwort geblieben und daraufhin „vergessen“ worden. Das macht eine erneute Reformulierung dieser für dauerhaften gesellschaftlichen Zusammenhalt zentralen Frage notwendig. In zahlreichen Organisationen der Bürgergesellschaft wird daran bereits seit längerem gearbeitet (Attac, diverse Anti-Hartz-IV-Bündnisse usw.). Parteien und Gewerkschaften müssen folgen, wenn sie weiterhin gesellschaftlich relevant agieren wollen.

3. Zur aktuellen Lage von Parteien und Gewerkschaften

Die zentralen Ansatzpunkte für einen strategischen Neuanfang sind damit benannt. Es geht um die Behebung von Partizipations- und Demokratiedefiziten und eine Reformulierung der sozialen Frage. Daran wären alle Innovationsversuche zu messen. Die nächsten Abschnitte drehen sich nun handfest um die aktuelle Lage von Parteien und Gewerkschaften in Deutschland (3.1. und 3.2.).

3.1. Zwischen Anspruch und Realität – Krise der Parteien

An dieser Stelle kann es – schon aus Platzgründen – nicht darum gehen, den Diskurs über die Krise der Parteien nachzuvollziehen.¹⁶ Auch ist es nicht das Ziel, die bereits häufig formulierten Reformnotwendigkeiten in den Parteien zu wiederholen oder neue hinzuzufügen. Das wäre im Rahmen eines Gutachtens nicht nur nicht leistbar, sondern würde auch verkennen, dass bislang alle Reformversuche weitgehend gescheitert sind bzw. wiederum zu neuen Problemen im Zusammenhang mit dem Kampf um innerparteilichen Einfluss führen.¹⁷ Vielmehr geht es darum, die Bedingungen für einen strategischen Einstellungswechsel in der Parteipolitik zu benennen – ein Wechsel, der nur schwerlich als Organisationsreform aus der Parteizentrale, sondern eigentlich nur als Bewegung von unten vorstellbar ist. Nicht in immer neuen Instrumenten (Schnuppermitgliedschaften, Online-Beitritt, Virtueller Ortsverein usw.) muss der Ausweg aus der Misere gesucht werden, sondern in der systematischen Neuausrichtung von Politik entlang den Erfordernissen

einer demokratischen Kultur. In genau dieser Hinsicht droht der Demokratie in der Postmoderne der Atemstillstand – und genau hier liegt auch die größte Aufgabe für politische Parteien, vor allem für die ihrem Selbstverständnis als Programmpartei besonders verpflichtete SPD.

Die folgenden Ausführungen zu innerparteilichen Demokratiedefiziten betreffen demnach auch nicht die Verfahren der Entscheidungsfindung, sondern den Zustand der politischen Kultur in den Parteien. Es kommt also zunächst darauf an, auf der Phänomenebene die Hindernisse für Erneuerung und Krisenüberwindung zu benennen. Dabei geht es vor allem um eine demokratiepolitisch sehr problematische (Un-)Kultur der „Mehrheitsbeschaffung“ durch Taktik und (stillen) Zwang – statt durch bessere Argumente (!) (3.1.1.). An einer solchen „Fehleranalyse“ kommt man kaum vorbei, wenn man neue demokratische Impulse in den Parteien erschließen will. Denn es sind genau diese Mechanismen auf der Mikroebene der Macht, die Innovation verhindern. Sie sind zählebig, weil sie nicht Gegenstand eines öffentlichen Diskurses sind. Sie entziehen sich jeglichen Reformversuchen, weil sie informell wirken und häufig von denselben Protagonisten bedient werden, die gleichzeitig von Innovation und Neuerfindung der Partei sprechen. Sie sind nicht Gegenstand der Forschung und kaum systematisch, sondern nur „phänomenologisch“ zu fassen, was im Folgenden wenigstens ansatzweise versucht werden soll. Nimmt man dies mit einer nüchternen Funktionsanalyse politischer Parteien zusammen (3.1.2.), dann zeichnet sich am Horizont der Debatte eine neue

16 Vgl. aus der umfangreichen Literatur u. a. Baus 2009, Kleinert 2007, Leif 2009, Mielke 2008 und 2009, Von Alemann 2003, Walter 2009, Wiesendahl 2005 und 2006.

17 Ein aufschlussreiches Beispiel ist die Aufweichung des Ortsvereinsprinzips in der SPD und ihre Folgen (s. u.).

Interpretation des „Mitwirkens an der politischen Meinungsbildung“ ab. Ihren für die Demokratie unabdingbaren Funktionen können sie heute nur noch im Rahmen einer neuen demokratischen Kultur nachkommen. Erst dann wären Parteien im 21. Jahrhundert angekommen.

3.1.1. Zum Zustand der Parteien

Die Wahlbeteiligung hat bei der Bundestagswahl im September 2009 mit 70,8 Prozent einen neuen Tiefstand erreicht. Dieses Phänomen – nicht nur auf Bundesebene, sondern noch deutlicher in den Ländern und Kommunen zu beobachten – ist nur der vordergründige Ausdruck einer weit reichenden demokratischen Depression, die sich in den letzten Jahren in Deutschland verbreitet hat. Die Politik und ihre Protagonisten werden allgemein von einer ablehnenden Haltung begleitet, die über das „gesunde“ Maß an aufgeklärter staatsbürgerlicher Skepsis hinausgeht.

Eine Auswirkung der rapide sinkenden Akzeptanz ist der Mitgliederschwund bei den Volksparteien. Das betrifft besonders deutlich die SPD, bei der sich nicht nur über zwei Millionen ihrer Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl 2009 der Stimme enthalten haben, sondern die darüber hinaus allein in den letzten Jahren 300.000 Mitglieder verloren und deren Mitgliedschaft sich in den letzten vier Jahrzehnten – ausgehend von gut einer Million Mitgliedern Anfang der 1970er Jahre – halbiert hat.¹⁸ Die Partei der Sozialdemokratie kämpft mit rapide sinkender Verankerung in der Bevölkerung, obschon die politische Grundidee der sozialen Demokratie gerade in Zeiten der Finanzkrise und einer von immer stärkeren sozialen Verwerfungen geprägten Gesellschaft ohne Weiteres mehrheitsfähig ist. Der Niedergang ist nicht neu und wurde durch das sehr schwache Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 nur beschleunigt bzw. besonders deutlich sichtbar. Alle schon seit etwa 20 Jahren laufenden Versuche, den Zustimmungs- und Mitgliederverlust aufzuhalten, waren bislang nicht

von Erfolg gekrönt. Das hängt mit externen Faktoren wie Auflösung der sozialen Milieus oder auch der Komplexität von Politik in pluralistischen Gesellschaften zusammen. Das hängt mit programmatischer Unschärfe und zahlreichen – Frustration erzeugenden – Abweichungen von der eigenen programmatischen Linie zusammen. Es hängt aber ganz wesentlich, und dieser Punkt soll hier stark gemacht werden, damit zusammen, dass diese Situation für Funktions- und Mandatsträger keine persönliche Konsequenzen hat: „Die Machtmechanik der führenden Politiker funktioniert auch ohne die Legitimation durch eine breite Basis. Wahrscheinlich lässt sich ohne Rückkopplung mit einer zunehmend verstörten, unberechenbaren Parteibasis und ohne deren Impulse sogar bequemer regieren und agieren“ (Leif 2009: 14). Was an dieser trockenen Feststellung beinahe zynisch anmutet, entspricht dennoch der Wirklichkeit in den politischen Parteien, so wie wir sie heute kennen.

Oder anders gesagt: Mit dieser Beobachtung ist die zentrale Ursache für die weitgehende Bewegungslosigkeit der Parteien in punkto Strategiewechsel bereits benannt.

- Der Mitgliederschwund vor allem der großen Parteien ist ein *organisatorisches Problem*, weil es irgendwann – und vor allem in Ostdeutschland schon jetzt – nicht mehr genug freiwillig Engagierte gibt, die man zur Wahlmobilisierung oder für politische Kampagnen heranziehen kann.
- Er ist ein *finanzielles Problem*, weil Parteien nach wie vor auf die Einnahme von Mitgliedsbeiträgen angewiesen sind.
- Doch er ist – und das ist der entscheidende Punkt – zumeist *kein Problem für die Funktions- und Mandatsträger* der Partei, weil er für sie mehr Vor- als Nachteile mit sich bringt. Wenn die Versammlung im Ortsverein nur von den immer gleichen 10 - 15 „Verdächtigen“ besucht wird, ist das für die Funktionäre, die sich an der Basis die Legitimation für ihr Handeln auf der nächsthöheren Parteiebene holen, viel leichter

18 Die folgenden Ausführungen beziehen sich meist auf den Zustand der SPD. Die anderen Parteien sind jedoch ebenfalls mehr oder minder stark von den skizzierten Problemen betroffen. Die CDU hat zwar mittlerweile mehr Mitglieder als die SPD, doch verliert sie lediglich weniger schnell an Mitgliedern. Die weiter unten beschriebenen Techniken einer demokratischen (Un-)Kultur sind hingegen ausnahmslos in allen Parteien anzutreffen.

als wenn zu derselben Sitzung sagen wir 100 Personen erscheinen würden. Weniger Mitglieder erfordern weniger Debatte und bergen weniger Dissensrisiken.

- Der Mitgliederschwund ist darüber hinaus – ebenso wie die Wahlbeteiligung – für die Partei *kein politisches Problem*, da er keinerlei Auswirkungen auf die Verteilung von Macht und Einfluss hat. Wenig Personal bedeutet wenig Alternativen, und so ist es für Machtstrategen und Funktionäre ohne Weiteres möglich, im Vorfeld von Personalentscheidungen das Terrain so zu bestellen, dass die jeweils eigenen und meist linientreuen Kandidaten praktisch per Akklamation durchgewunken werden können. Ebenso stellt die niedrige Beteiligung bei Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen kein ernsthaftes Problem dar, da die nicht abgegebenen Stimmen bei der Verteilung von Mandaten unberücksichtigt bleiben und praktisch als Einverständniserklärung gewertet werden.

Menschen neigen dazu, dasjenige Verhalten zu wählen, das mit Erfolg belohnt wird. Ein Verhalten gemäß den Kriterien Transparenz, Diskurs, Offenheit, Reversibilität und Deliberation stößt innerparteilich, sobald es um sach- und vor allem Personalentscheidungen geht, schon auf Ortsvereinsebene schnell an seine Grenzen. Belohnt wird dagegen das Ausrichten des eigenen Verhaltens nach der vermuteten Mehrheit, um Differenzen und Auseinandersetzungen möglichst zu vermeiden. Es liegt im Wesen auch von demokratischen Entscheidungssituationen, dass die Akteure versuchen, Überraschungen auszuschließen und Ergebnisse vorhersehbar zu machen. Debatten mit offenem Ausgang und echte personelle Alternativen, die im Idealfall auch mit alternativen Politikmodellen verbunden wären, geraten so tendenziell zur Ausnahme.

Diese Mechanismen sind im Übrigen nicht neu.¹⁹ Doch sind sie in den letzten Jahren viel problematischer geworden, da sich zu ihnen eine

tiefe politische Identitätskrise der Partei(en) gesellt hat. Die durch die Agenda-Reformen und die damit verbundenen häufigen und heftigen Wahlniederlagen tief verunsicherte Partei droht sich in eine Organisation zu verwandeln, die nicht länger gesellschaftspolitische Ziele, sondern Karrieren und Karrierenetzwerke in den Vordergrund ihrer Aktivität rückt.

Das Ausgangsproblem für die demokratische Entfremdung der SPD von sich selbst ist also – so die These – nicht in erster Linie ein organisatorisches, sondern ein politisches. Am Anfang dieser Entwicklung stand der von Gerd Schröder eingeleitete und von einer kleinen Gruppe in der Partei durchgesetzte ideologische Schwenk zu einer marktliberalen Politik nach Vorbild des britischen Workfare-Modells. Das Schröder-Blair-Papier von 1999 war der ideologische Vorbote dieses Schwenks, der mit der „Verkündigung“ der Agenda 2010 im März 2003 politisch vollzogen und in den folgenden Jahren gegen massiven Widerstand der Basis durchgesetzt wurde – ein Manifest, mit dem unter der Chiffre der Modernisierung die Öffnung der SPD für marktliberale Positionen – und damit auch eine Distanzierung von der engen Partnerschaft mit den Gewerkschaften – eingeleitet wurde.

Dieser grundlegende politische Kurswechsel der SPD hat in der Folge zu massenhaften Parteiaustritten und reihenweise Wahlniederlagen geführt. Parteiaustritte und Wahlniederlagen hatten und haben politische Gründe, die aber in der aktuellen Debatte über die Erneuerung der Partei eigenartig ausgeblendet oder abgeschattet bleiben. Dort wird bis in die Ortsvereinsebene sehr häufig über die Krise der Partei so diskutiert, als sei die Arbeits- und Organisationsweise der SPD für die Misere und mangelnde Attraktivität der Parteilarbeit verantwortlich. Das mag und wird *auch* bestimmt der Fall sein. Politik- und Parteiverdruss sind jedoch *in erster Linie* Folge einer Politik der Stärkung der Angebotsseite und damit zwangsläufig der Kapitalverwertungsinteressen,

¹⁹ Vgl. Peter Merseburgers Willy-Brandt-Biographie, in der sehr anschaulich die Machtkämpfe in der Westberliner SPD in den 1950er und 60er Jahren beschrieben werden. Obschon Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin bei der Abgeordnetenhauswahl 1963 für die SPD ein heute unvorstellbares Ergebnis von 61,9 Prozent erzielte, gab es innerparteilich erbitterte Kämpfe um den politischen Kurs und die Person Brandts (Merseburger 2006: 299ff.).

die für die Mehrheit der (lohnabhängig arbeitenden) Bevölkerung nur noch wenig Attraktivität hat. Die Idee, den „Standort Deutschland“ durch Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende sowie durch Senkung der Sozialkosten mittels einer repressiven Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu stärken und damit zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu kommen, hat sich – vor allem für eine sozialdemokratische Partei – als Irrweg erwiesen. Die Probleme, die damit erzeugt wurden, sind anhaltend. Wenn der Konnex zwischen Demokratie und Sozialstaatlichkeit einmal aufgelöst ist oder scheint, erlahmt auch das Interesse an der Politik der Partei der Sozialdemokratie (siehe oben). *Deshalb* – und nicht in erster Linie, weil Parteiarbeit verstaubt oder gestrig wäre – laufen Wähler und Mitglieder der SPD seit Jahren davon.

Kleines Bestiarium der Machttechniken

Der politische Schwenk der SPD hat die innerparteilichen Demokratiedefizite, von denen alle Parteien strukturell geprägt sind, erheblich verstärkt. Die Art und Weise, wie die Agenda 2010 politisch durchgesetzt wurde, hat anhaltende Auswirkungen auf das innerparteiliche Klima sowie auf die Frage, wie ernst der Anspruch innerparteilicher Demokratie eigentlich noch genommen wird. Es existiert eine Art postdemokratischer Zustand: Formal sind alle Abläufe der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung in Ordnung. Und doch droht der innere Verfall, da die demokratischen Regeln mehr oder weniger zum bloßen Verfahren degeneriert sind. Der eigentliche Sinn von Demokratie, nämlich den freien Diskurs und der freien, auf das bessere Argument gestützten Mehrheitsentscheidung Vorrang vor Willkür und Autorität einzuräumen, ist bei vielen vor allem im Funktionärsapparat in Vergessenheit geraten. Wie das in der täglichen Parteiarbeit aussieht, mögen einige Tricks aus der Werkzeugkiste der „Mehrheitsbeschaffer“ illustrieren:

– **Aufstellung von Kandidaten für Mandate und Ämter**

Der Aufstellung von Personal für Wahlen gilt in jeder Partei größte Aufmerksamkeit, weil es hier um persönliche Karriere- und Aufstiegschancen Einzelner sowie um den Einfluss von meist informellen Netzwerken²⁰ geht. Ohne einem demokratischen Idealismus zu verfallen, müsste es unter demokratischen Vorzeichen die Regel sein, dass sich für bestimmte Positionen mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten zur Wahl stellen, so dass die Basismitglieder und Delegierten, die die Entscheidung in der Regel auf Parteitag zu treffen haben, die Möglichkeit hätten, zwischen Alternativen zu wählen. Dies ist jedoch in den meisten Parteien die Ausnahme. Eine Kandidatur von mehreren Personen für ein Mandat wird martialisch (und medial befeuert) zur „Kampfkandidatur“ stilisiert, man spricht von „Duell“ und „Zweikampf“ und bemüht damit die entlarvende Rhetorik vormoderner Gesellschaften. Gegen einen amtierenden Mandatsträger anzutreten wird eher als Majestätsbeleidigung denn als personelle Alternative verstanden. Jedes neue Parteimitglied, dem solche Verhaltensmuster befremdlich anmuten, wird – bei Strafe des Ignoriertwerdens – auf diese sehr eingeschränkte Sichtweise eingeschworen. Um den Mandatsträger zu stützen, scheut das von dieser Person abhängende „Netzwerk“ keine Anstrengung: Delegierte werden angerufen und darüber „informiert“, wie sie am besten abzustimmen haben. Delegierte, bei denen man eine von der herrschenden Linie abweichende Meinung fürchtet, werden durch linientreue „Ersatzdelegierte“ ausgetauscht. Bei der Versammlung selbst werden Redebeiträge bestellt und organisiert, um eine möglichst günstige Stimmung zu erzeugen. Wenn die Stimmung zugunsten des gewünschten Kandidaten auszu-schlagen scheint, meldet sich immer jemand und beantragt „Schluss der Debatte“. Sollte der

20 Leider ist die modern anmutende Bezeichnung „Netzwerk“ heute allzu häufig nur ein Euphemismus für „Seilschaft“. Die Seilschaft zeichnet sich buchstäblich dadurch aus, dass ihre Mitglieder auf Gedeih und Verderb voneinander abhängen, dementsprechend wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für ihren Erhalt gekämpft. Ein „Netzwerk“ im avancierten Sinne des Wortes wäre dagegen die rhizomartige (und freiheitliche) Verknüpfung von Know How und sozialen Synergieeffekten.

Herausforderer sich dennoch durchgesetzt haben, kippt meist das ganze Machtgefüge – diesmal zu Gunsten der gewählten Person, die jetzt als Verteiler von Jobs und Einfluss ungleich attraktiver geworden ist. Der Verlierer in solchen „Duellen“ gilt dann gemeinhin als „verbrannt“, obschon er nichts weiter getan hat als von seinem passiven Wahlrecht Gebrauch zu machen.

– **Durchsetzung von Beschlüssen gegen die Mehrheit der Basis**

Immer schon war es das Ansinnen von Parteiführungen, ihre eigenen Vorstellungen möglichst reibungslos durchzusetzen. Der Reflex ist zunächst verständlich: Man hat sich in ganz kleinem Zirkel (Vorstand, Präsidium) monatelang mit einem Problem auseinandergesetzt und ist endlich zu einem Kompromiss zwischen konträren Auffassungen gekommen, da möchte man diesen Kompromiss möglichst nicht mehr aufschnüren. Steckt man dazu in einer Regierungskoalition, wurden unter Umständen dem Koalitionspartner bereits Dinge zugesagt, die die Parteibasis noch nicht durch entsprechende Beschlüsse gebilligt hat. Im Zeitalter der elektronischen Kommunikationsmedien, in dem es kaum mehr möglich ist, eine Sitzung zu beenden, ohne dass schon irgendeiner der Teilnehmenden insgeheim per SMS oder Twitter vertrauliche Beschlüsse und Informationen nach außen gegeben hätte, steigt das Bedürfnis nach Diskurskontrolle – dies vor allem gegenüber den Medien, die jede innerparteiliche Diskussion sofort zum „Streit“ aufbauschen und dabei oft eine aufgeheizte Stimmung herbeischreiben, die genau dadurch häufig auch entsteht. Hinzu kommt, dass in den letzten zehn Jahren vor allem im Führungszirkel der SPD zahlreiche Beschlüsse gegen die klare Mehrheit der Basis der Partei getroffen worden sind. Das gilt für die Rente mit 67 genauso wie für die Einführung von Hartz IV, die Bahnprivatisierung oder den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Die Mittel, solche Beschlüsse auch gegen den Widerstand der Basis durchzusetzen, sind vielfältig. Von der Einberufung externer Expertenkom-

missionen, deren Expertise dann für sakrosankt erklärt wird, über die Dramaturgie von Parteitagen, auf denen durch die Zusammensetzung von Tagesordnung und Rednerliste die Debatte im Interesse bestimmter Beschlusslagen kontrolliert werden soll, bis hin zur Stigmatisierung von so genannten „Abweichlern“ zur Demoralisierung und Schwächung von Gegenargumentationen reicht das Instrumentarium zur Durchsetzung von Beschlüssen. Der einzelne Delegierte gerät durch diese Aktivitäten in eine Situation, die von Emotionalität und schicksalsschwerer Rhetorik begleitet wird, so dass ein Abwägen von Argumenten im Rahmen eines vernünftigen Diskurses nahezu unmöglich wird.

– **Infiltrierung von Parteigremien mit „Linientreuen“**

Die Kontrolle der freien Meinungsbildung beginnt aber schon auf der unteren Funktionärs-ebene. Hier geht es darum, Vorstände auf Ortsvereins- oder Unterbezirksebene personell so zu besetzen, dass die „Gefahr“ von kontroversen Debatten und „abweichenden“ Meinungen möglichst gering ist. Dazu müssen Delegiertenplätze taktisch mit liebsamen Personen (die sich erstaunlicherweise immer wieder finden und sich auch klaglos in das Spiel einbinden lassen) besetzt werden, und dazu werden vor den entscheidenden Gremiensitzungen (Kreisparteitag o. ä.) „Vorbesprechungen“ durchgeführt, auf denen mehr oder weniger unverhohlen die vorab unter den Meinungsführern abgesprochenen „Personalpakete“ präsentiert und zur Wahl „empfohlen“ werden. Die Akzeptanz dieser Vorgehensweise wird wesentlich auch dadurch befördert, dass im durchschnittlichen Ortsverein bei zunehmendem Mitgliederschwund nur diejenigen Aktiven übrig bleiben, die materiell oder psychologisch von der Politik und damit vom Funktionieren der „Netzwerke“ abhängig sind. Die neue politische Klasse der Referenten und Büroleiter hat Besitz ergriffen vom gewöhnlichen Ortsverein. Nach der Auflösung der tradierten Milieus als Personenreservoir für Parteien bleiben jene übrig, die auf kein Milieu mehr angewiesen sind

und Politik vorwiegend als Karriereoption (nicht mehr als Engagement für politische Ziele) betrachten.

– **Parteilflügel als „Parteien in der Partei“**

Alle Parteien verfügen über bestimmte Strömungen und Flügel. Das ist kein Problem, sofern es naturgemäß innerhalb politischer Großorganisationen Differenzen grundlegender Art gibt. So streiten in der SPD seit jeher die „Linken“, die eher kapitalismus- und markt-skeptische Positionen vertreten, mit den Partei-„Rechten“, die sich durch pragmatische Kühle und Aufgeschlossenheit gegenüber eher marktliberalen Positionen auszeichnen. Daneben haben sich in den letzten Jahren die so genannten „Netzwerker“ etabliert, die keiner politischen Strömung mehr zuzuordnen sind, aber sehr erfolgreich und machtbewusst Karrierenetzwerke knüpfen. Das Problem an den Flügeln der Partei besteht heute in ihrer weitgehenden Verselbstständigung: Sie haben eigene Büros, Geschäftsführer, Statuten und Kassen und spielen bei allen parteiinternen Beschlüssen über Sachfragen und Personen eine entscheidende Rolle. Was nicht vorher zwischen den Flügeln ausgehandelt wurde, hat in den demokratisch legitimierten Parteigremien keine Chance auf Durchsetzung. Das ist ein typisch postdemokratisches Phänomen: Das demokratische Verfahren der Meinungs- und Entscheidungsfindung funktioniert einwandfrei, und doch werden die Entscheidungen an anderen Orten jenseits von öffentlichem Diskurs und Transparenz getroffen.

– **Unterwanderung des Ortsvereinsprinzips**

Ein Beispiel für eine gut gemeinte, aber letztlich problematische Organisationsreform der SPD ist die Aufweichung des Ortsvereinsprinzips. Früher gehörte man, wenn man in die Partei eintrat, dem Ortsverein an, in dessen Gebiet man auch wohnte. Das wurde nach einhelliger Meinung als nicht mehr zeitgemäß betrachtet. Im Zeitalter zunehmender beruflicher Mobilität sollte es möglich gemacht werden, sich da politisch zu engagieren, wo es gerade passt und nicht unbedingt da, wo man wohnt. Mit Hilfe einer Statutenänderung wurde das Ortsvereinsprinzip gelockert, um mehr Flexibi-

lität in der Parteiarbeit zu ermöglichen. Bei entsprechender Begründung darf man nun auch in einem anderen Ortsverein mitwirken. Von vielen unteren bis mittleren Funktionären der Partei wird diese Statutenänderung nun auf eigenwillige Weise „kreativ“ gehandhabt, ist es doch jetzt möglich, Personalpolitik dadurch zu betreiben, dass man gezielt Mitglieder in bestimmte Ortsvereine schleust, um dort bei Abstimmungen die Mehrheitsverhältnisse zu beeinflussen. Das alteingesessene Mitglied freut sich über die vielen neuen Gesichter und merkt dann sukzessive, dass bestimmte Personen nur zum Zweck der Mehrheitsbeschaffung anwesend sind. Insbesondere bei wichtigen Personalentscheidungen werden gezielt Mehrheiten „organisiert“. Die eigentliche Abstimmung läuft dann formal korrekt ab, doch ist das Ergebnis im Vorfeld arrangiert worden.

Der schlechte Zustand, in dem sich Parteien nach außen präsentieren und der sich in normativer Orientierungslosigkeit und einer starken Neigung zum Taktieren zeigt, resultiert auch (oder vielleicht sogar vor allem) aus solchen Praktiken des innerparteilichen Machterhalts, welche die freie, am Austausch der Argumente und an gesellschaftlichen Leitbildern orientierte Meinungsbildung blockieren. Die wichtige Impulsfunktion für politische Willensbildung wird damit stark geschwächt, weil ein Großteil der Energien auf Machtkalkül und Positionserhalt gerichtet ist. Der Effekt multipliziert sich mit dem Grad an programmatischer Unschärfe und sorgt für zunehmenden und sich beschleunigenden Legitimationsverlust der Parteien.

3.1.2. Politik in der pluralistischen Gesellschaft: Funktionsanalyse politischer Parteien

Der kurze Einblick in den Instrumentenkoffer der Machtstrategen und Mehrheitsbeschaffer zeigt Phänomene und Missstände, die letztlich unüberwindbar bleiben werden. Denn wo immer es um Macht und Einfluss geht, werden Menschen dazu neigen, nach dem je eigenen Vorteil zu trachten und dem individuellen Nutzenkalkül Vorrang vor der demokratischen Emphase einzuräumen. Das

ist der wahre Kern jener realistischen Demokratie-theorien von Schumpeter bis Luhmann, für die Demokratie sich letztlich in den Kategorien von *checks and balances* erschöpft (Schumpeter 1950, Luhmann 2000).

Dennoch bleibt es ebenso unumgänglich, dass Demokratie im Kern auf der normativen Vorstellung gleicher Freiheit und in ihrer Variante als soziale Demokratie darüber hinaus auf der Idee von Gerechtigkeit als Voraussetzung für Demokratie beruht. Die politischen Parteien sind in diesem Zusammenhang und auf Grund ihrer zentralen Rolle im politischen System (siehe oben) die wichtigsten Akteure. Und aus diesem Grund kann und darf man sie nicht aus der Orientierung an den normativen Prinzipien der Demokratie entlassen. Das gilt auch für ihre innere Verfasstheit, die für das Agieren nach außen prägend ist. Wenn die Parteien – nach innen und nach außen – dazu übergehen, selbstvergessen und *ausschließlich* ihrer Orientierung an Macht und Einfluss zu folgen, dann produzieren und verschärfen sie damit die aktuelle Krise der repräsentativen Demokratie.

Doch allen Krisenrufen zum Trotz sind und bleiben die Parteien zentrale Institutionen im politischen Prozess. Ihre Verfasstheit und ihr Zustand müssen um der Demokratie willen im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit bleiben. Nur wenn sie in guter Verfassung und atmende demokratische Organisationen sind, können sie ihre Funktionen für die Gesellschaft erfüllen (vgl. Alemann 1989, Steffani 1988 u. Embacher 2009). Politische Parteien sind (eigentlich und idealtypisch)

- Ausdruck politisch-sozialer Ziele und Leitbilder in der Gesellschaft (*politische Funktion*),
- Organisationen der Ausübung demokratischer Herrschaft (*Herrschaftsfunktion*),
- Produzenten und Vermittler der Legitimation demokratischer Entscheidungen (*Legitimationsfunktion*),
- Karriereorganisationen für politische Akteure (*Personalisierungsfunktion*).

Die Parteien übersetzen weltanschaulich geprägte Ideen von Gesellschaft in politische Programme (a), üben durch ihre Vertreter in Parlamenten und Regierungen politische Herrschaft aus (b), sorgen durch öffentliche Diskussion und Kommunikation für die Legitimation des politischen Prozesses (c) und dienen als Karrierenetzwerke für Menschen, die sich politisch engagieren und mit ihrem Engagement an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken wollen (d). Parteien gehen aus der Mitte der Gesellschaft hervor, treten in Konkurrenz mit anderen Parteien und wirken ihrerseits auf die Gesellschaft zurück (vgl. Alemann 1989: 1f.).

Die Erfüllung dieser Funktionen ist für jede demokratisch verfasste Gesellschaft unabdingbar, wengleich sich im kollektiven Bewusstsein ein fast durchweg negatives Bild von Parteien festgesetzt hat²¹. Auch die Kritik an den politischen Parteien lässt sich anhand der beschriebenen vier Funktionen ordnen:

- *Politische Funktion*: Parteien stünden nicht mehr für eindeutige programmatische Ziele und seien inhaltlich diffus;
- *Herrschaftsfunktion*: Sie hätten den Staat für ihre eigenen Machtinteressen okkupiert;
- *Legitimationsfunktion*: Sie machten Politik, die kein Mensch verstehe und die gesellschaftlich nicht vermittelbar sei;
- *Personalisierungsfunktion*: Sie seien reine Karrieremaschinen, mittels derer eine Art Elitenherrschaft errichtet würde.

Ein populäres Beispiel für diese Art der Kritik gab 1992 der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker (Von Weizsäcker 1992). Seine Parteienkritik bildete einen Kulminationspunkt der turnusmäßig wiederkehrenden Debatte um die Krise des repräsentativen Systems der Demokratie in Deutschland. Weizäckers Stoßrichtung war dabei vor allem eine Kritik der Verselbstständigung des Parteiensystems, das „Machtvergessenheit“ und „Machtversessenheit“ erzeuge, ohne politische Programmatik noch sonderlich ernst zu nehmen. Zweifellos hat Weizsäcker mit seiner

21 Neuerdings treibt dieser Unmut Blüten, die erkennen lassen, dass die Funktionen der Parteien für die Demokratie offensichtlich nicht mehr ohne Weiteres im allgemeinen Bewusstsein präsent sind. So wurde die Aktion einer Juso-Schülergruppe in Potsdam gegen die Verbreitung einer rechtsradikalen Schülerzeitung mit dem Hinweis verboten, politische Parteien hätten auf einem Schulhof nichts zu suchen. Oder es häufen sich Meldungen, dass Schulleiter den Besuch von Abgeordneten im Politikunterricht von Schulklassen unter Verweis auf das Gebot politischer Neutralität der Schule untersagen.

Kritik wichtige Impulse zu einer für die moderne Gesellschaft immer wieder unerlässlichen Selbstverständigungsdebatte gegeben (vgl. zur Debatte Hofmann/Perger 1992 und Breit 1992). Das Resultat der Debatte fiel jedoch ambivalent aus. Gemessen an den funktionalen Aspekten a) - d) kann man wie folgt resümieren:

- *Politische Funktion:* Zweifellos sind die Programmatiken der politischen Parteien heute nicht mehr so eindeutig unterscheidbar wie etwa zu Beginn oder Mitte des 20. Jahrhunderts. Die deutsche Gesellschaft wird heute von einem demokratischen Grundkonsens getragen, der noch in der Weimarer Republik nicht vorstellbar war. Das führt auf der Ebene der programmatischen Ausrichtung politischer Parteien zu einer gewissen Annäherung. Wenngleich im Spektrum zwischen Linkspartei, SPD, Grünen, FDP, CDU und CSU nach wie vor signifikante Unterschiede bestehen, stehen doch heute alle demokratischen Parteien mehr oder weniger für soziale Marktwirtschaft, Demokratie, Parlamentarismus, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Dazu kommt, dass sich im Medienzeitalter die Sprache der Politik weitgehend angeglichen hat, so dass der Eindruck programmatischer Ununterscheidbarkeit entsteht, obschon es von marktliberalen Visionen einer weitgehend deregulierten Gesellschaft bis hin zu stark etatistischen Ideen eines paternalistischen Wohlfahrtsstaates nach wie vor sehr heterogene Vorstellungen von politischer Gestaltung des Gemeinwesens gibt. Ein von gestanzten Formeln geprägter Sprachgebrauch ohne Ecken und Kanten erzeugt im Ohr des großen Publikums Eintönigkeit – und oft auch schlicht Langeweile. Akteure, die bereit wären, sich verbindlich dem gesprochenen Wort zu verpflichten, sind selten geworden. Man versucht in der Regel, inhaltlich flexibel zu bleiben, weil die Festlegung auf bestimmte Positionen Kontroversen nach sich ziehen und der Realisierung von Machtoption (Satzhülle: „In einer Demokratie müssen alle Parteien miteinander koalieren können.“) im Wege stehen würden.
- *Herrschaftsfunktion:* Dass Herrschaft dazu tendiert, sich selbst zu erhalten, ist so alt wie das Phänomen der Herrschaft selbst. Der Vorwurf

der „Machtvergessenheit“ und „Machtversessenheit“, den Weizsäcker in seiner Kritik betont hat, besagt im Kern, dass durch das Herrschaftsgebaren der Parteien im Grunde Politik in ihr Gegenteil verkehrt wird. Statt politische Ziele zu formulieren, für die sie sich zur Wahl stellen und für die sie einen demokratischen Herrschaftsanspruch erheben, sind die Parteien mehr und mehr dazu übergegangen, inhaltliche Positionierungen nach Opportunitätskriterien vorzunehmen. Erst schaut man in den Managementzentralen der Parteien, was Wählerinnen und Wähler vermutlich wollen, um dann die eigene Politik oder Wahlkampagnen danach auszurichten. Diese Tendenz zum politischen Opportunismus ist sehr problematisch, weil sie entpolitisierend wirkt und die Glaubwürdigkeit von Politik gefährdet. Hierin besteht ein erhebliches Defizit in der gegenwärtigen Situation. Eine demokratische Kultur der öffentlichen Reversibilität und Lernfähigkeit kann sich auf der Basis dieser strategischen Fixierung nicht entfalten. Ihre Funktion für demokratische Herrschaft können Parteien aber letztlich nur erfüllen, wenn ihr Herrschaftsanspruch mit nachvollziehbaren und vorhersehbaren politischen Zielen verknüpft ist.

- *Legitimationsfunktion:* Der Vorwurf, die Parteien würden der kommunikativen Funktion der Legitimationssicherung für politische Entscheidungen nicht mehr nachkommen, hängt mit dem Thema Machtvergessenheit zusammen. Wenn man dazu übergeht, Macht um ihrer selbst willen zu verteidigen, kommt es zu politischen Entscheidungen und Kompromissen, die sehr kompliziert und „normalen“ Menschen außerhalb der Politik kaum noch zu erklären sind. Andererseits ist die schwierige Beschlusslage bei vielen Themen heute auch Ausfluss einer ungeheuren Komplexitätssteigerung der Politik, die bei ihren Entscheidungen immer mehr Faktoren und Kriterien berücksichtigen muss, so dass viele Entscheidungen für das Laienpublikum nur noch schwer zu erklären sind. Die legitimatorische Bedrohung für das repräsentative System liegt also nur zum Teil im Verhalten der Parteien begründet. Mindestens ebenso schwer wiegt das Komple-

xitätsproblem. Doch würden klare politische Positionen in Verbindung mit offener Kommunikation auch hier weiterhelfen, um aus der Ecke der Machtvergessenheit herauszufinden.

- *Personalisierungsfunktion:* Der Vorwurf, Parteien seien Karrieremaschinen für Eliten, ist sehr populär. Doch entbehrt die Art und Weise der Rekrutierung des politischen Personals bei genauem Hinsehen der Alternative. Zwar ist es richtig, dass der Weg in ein Parlament in Deutschland meistens über die Mitgliedschaft in einer Partei führt, und das mag talentierten politischen Menschen, die nicht in eine Partei eintreten wollen, den Weg zu einer politischen Laufbahn verstellen. Doch ist die Mitgliedschaft in allen Parteien andererseits völlig voraussetzungslos. Das heißt: Jeder darf mitmachen, sich politisch engagieren und – nach einer Zeit der Bewährung – für jedes Amt oder Mandat kandidieren. Die Verfahren zur Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter sind formal streng demokratisch geregelt, ihre Einhaltung ist rechtlich einklagbar. Und so hängt es vom Zustand der politischen Kultur ab, wie stark die oben unter 3.1.1. beschriebenen informellen Machttechniken den Modus der Rekrutierung von Personal beeinflussen. Diesbezüglich ist die aktuelle Lage allerdings als sehr problematisch einzustufen, da sich in den letzten 10-15 Jahren ein ganz neuer Politikertypus herausgebildet hat. Diesem Typus, den man in allen Parteien antrifft, geht es nicht mehr um identifizierbare und mit der Person verknüpfte politische Positionen, sondern beinahe ausschließlich um die eigene vorteilhafte Position im System.

Die Funktionen a) - d) können Parteien nur erfüllen, wenn ihr interner Zustand gut ist. Und hier liegt wie gesehen der Grund für die Krisendebatte. Zwar werden die geschilderten Funktionen heute leidlich und „irgendwie“ ausgefüllt, doch wäre das System der demokratischen Politik heute dringend auf Revisionen angewiesen. In der Vitalität der Parteien gründet – zumindest zu einem guten Teil – die Vitalität der Demokratie.

Parteien als Teil der Bürgergesellschaft

Dass die großen Parteien SPD und CDU überhaupt in die dargestellte Situation kommen konnten, liegt vor allem daran, dass ihre Verwurzelung in gesellschaftlichen Gruppen abnimmt, was einerseits mit den politisch kaum beeinflussbaren Auflösungstendenzen in sozialen Milieus zusammenhängt, andererseits aber auf den massenhaft Frust und Ablehnung produzierenden marktliberalen Schwenk und die tendenzielle Aufkündigung von Grundbedingungen der sozialen Marktwirtschaft zurückzuführen ist. Mit diesem Verlust an gesellschaftlicher Verwurzelung, dieser schleichenden Transformation von Parteien zu „Parallelgesellschaften“ oder selbstreferentiellen Subsystemen, ist vor allem ihre Rolle als Teil der Bürgergesellschaft berührt. Parteien sind ja nur zu einem Teil staatstragende Organisationen, an ihrer Basis sind sie zu einem wesentlichen Teil bürgergesellschaftliche Zusammenschlüsse, in denen sich zahlreiche Menschen für gesellschaftliche Ziele und lokale Belange engagieren (vgl. Mielke 2005).

Die tendenzielle Schwächung der Rolle der Parteien als Teil der Bürgergesellschaft ist das eigentliche Problem. Und hier zeigt sich auch der Zusammenhang mit der Krise des repräsentativen Systems der Demokratie. Es spricht vieles dafür, dass es zu einem tiefgreifenden Entfremdungszustand zwischen den politischen Parteien und der Gesellschaft gekommen ist. Die Entfremdungsercheinungen spiegeln sich nicht nur in der ablehnenden Haltung in weiten Bevölkerungsteilen wider. Man kann sie auch ablesen an der Rolle der Parteien im Prozess der Postdemokratisierung, der weiter oben umrissen wurde. Oder man kann sie erkennen an der eklatanten Differenz zwischen der Binnenwahrnehmung in Parteien und dem Bild, das sie nach außen abgeben. Oder man vermag sie in der tiefen Enttäuschung zu erkennen, die vor allem die Ostdeutschen dem System der Parteien entgegenbringen (vgl. Embacher 2009, 103ff.). Die genannten Elemente und die Haltung eines großen Teils der deutschen Bevölkerung verdichten sich zu einem Syndrom, das zu einer ernsten Gefahr für die Demokratie ge-

worden ist. Zwar ist nicht das System als solches gefährdet – die Verfahren laufen einfach weiter. Doch die Vitalität und bürgerschaftliche Emphase, auf die jede Demokratie angewiesen ist, sind das gefährdete Gut. Und hier liegt die entscheidende Verantwortung der politischen Parteien.

Die Antwort auf Krisensymptome des repräsentativen Systems liegt in einem neuen Verhältnis von Staat und Bürgergesellschaft. Dabei spielen die politischen Parteien eine wesentliche Rolle. Sie müssen sich wieder auf ihre Doppelrolle als staatstragende Organisationen *und* als Teile der Bürgergesellschaft besinnen. Das Verhältnis von Staat und Bürgergesellschaft ist auch ein innerparteiliches. Die Parteien bilden das Scharnier zwischen beiden Sphären: An ihrer Spitze und in ihren politischen Funktionen bilden und repräsentieren sie den Staat, an ihrer Basis und vor Ort sind sie Teil der lokalen Bürgergesellschaft.

Bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken bedeutet eben nicht nur, Politik aus der Partei in die öffentliche Debatte einzubringen, sondern vor allem auch Beiträge aus der Bürgergesellschaft lautverstärkend aufzugreifen und Alternativen zu den etablierten (und häufig erfolglosen) Problemlösungsstrategien nicht nur zuzulassen, sondern aktiv zu fördern. Das Verhältnis von Staat und Bürgergesellschaft bemisst sich also vor allem an der Art und Weise, wie politische Parteien als Trägerorganisationen der repräsentativen Demokratie mit dem Engagement umgehen – ob sie es insgeheim als störend ablehnen (wie es heute oft der Fall ist), ob sie es für eigene Zwecke ausbeuten (wie es ebenfalls heute oft der Fall ist) oder ob sie es tatsächlich im Sinne einer lebendigen deliberativen Demokratie aktiv fördern wollen.

Unter 1.2. wurde der Wandel vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement als eine Entwicklung beschrieben, die mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel zusammenhängt. Die drei Entwicklungslinien – *Verbindung von Solidarität und Selbstverwirklichung, Individualisierung und Politisierung von bürgerschaftlichem Engagement* – stehen für eine gesellschaftliche Bewegung zu mehr Demokratie, Partizipation und Selbstbe-

stimmung. Wenn Parteien ihre wichtige Funktion als Teil der Bürgergesellschaft und als Scharnier zwischen Staat und Gesellschaft behalten und erneuern wollen, dann müssen sie sich entlang dieser Entwicklungslinien neu formieren.

Das fängt bei den Organisationsformen und Veranstaltungstypen an, die die klassische Parteiorganisation zu bieten hat. Wenn sich das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern weg vom alten Ehrenamt hin zu projektbezogenen Aktionen mit temporärem Charakter verschoben hat – ein bedeutender Trend in der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements –, dann muten Parteiapparate, die lebenslange Loyalität und ein „Hochdienen“ durch Gremien und Ortsvereine fordern, geradezu steinzeithaft unattraktiv an. Aber solche Diskussionen um Organisationsformen können nur als ein erstes Element der Erneuerung verstanden werden. Sie können nicht viel mehr als Voraussetzungen für den eigentlichen und dezidiert politischen Prozess der Erneuerung sein. Der politische Prozess muss viel stärker in Richtung Partizipation auch in den „laufenden Geschäften“ der Politik organisiert werden. Das funktioniert aber nur, wenn diese Instrumente auch tatsächlich ernst genommen werden. Es gilt auch für Parteien der Grundsatz, dass, wer sich engagiert, auch mitbestimmen will.

Die Bürgergesellschaft stellt das eigentliche Fundament eines neuen Gesellschaftsvertrags dar.²² In ihr artikuliert sich ein neues staatsbürgerliches Selbstverständnis, das den Staat nicht länger als allmächtige Entscheidungsinstanz akzeptiert, sondern – ganz im Einklang mit dem Tenor des Grundgesetzes – davon ausgeht, dass er der Institution gewordene Ausdruck eines gesellschaftlichen Gesamtwillens zur Freiheit ist. Daher ist die Bürgergesellschaft sein Lebenselixier. Ohne ihre Impulse wird der demokratische Rechtsstaat zum formalen Verfahren degenerieren. Das Leitbild Bürgergesellschaft speist sich aus der Vision einer Erneuerung der sozialen Demokratie durch Engagement und Teilhabe. Und genau an diesem Punkt müsste vor allem die Partei der sozialen Demokratie neu ansetzen.

22 Vgl. dazu Embacher 2009: 125ff. und Embacher/Roth 2010.

3.2. Zwischen Weltmarkt und Grundsatzdebatte – Krise der Gewerkschaften

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit seinen acht Einzelgewerkschaften hat seit längerer Zeit mit sinkender Akzeptanz und sinkenden Mitgliederzahlen zu kämpfen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Betrieben ist von Mitte der 1990er Jahre bis heute von 30 auf etwa 20 Prozent aller Beschäftigten gesunken. Zwar gibt es keine „Gewerkschaftsverdrossenheit“ analog zur Parteienverdrossenheit, doch sind Akzeptanz und gesellschaftliche Anerkennung der Gewerkschaften in den letzten Jahren deutlich gesunken. Das bedeutet eine Schwächung gewerkschaftlicher Kampagnen- und Aktionsmacht bei gleichzeitiger Zunahme ökonomischer Macht als Resultat von objektiven Globalisierungstendenzen sowie einer schon seit über zwei Jahrzehnten dominanten marktliberalen Politik. Auch hier gilt wie schon bei der Partei der sozialen Demokratie: Obwohl die Daseinsberechtigung von Gewerkschaften im Niedriglohn- und Leiharbeitszeitalter so evident ist wie eh und je, sinkt ihre Akzeptanz bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Im DGB und seinen Gewerkschaften fragt man sich schon seit längerer Zeit, wie man den Akzeptanz- und Mitgliederschwund stoppen und zu neuer Attraktivität gelangen kann. Bisher konnte die Abwärtstendenz insgesamt nicht gestoppt werden. Doch sind funktionierende und erfolgreiche Gewerkschaften für die soziale Demokratie ebenso wichtig wie Parteien, weshalb sie die zweite große gesellschaftliche Organisationsform sind, deren Überleben von gesamtgesellschaftlichem Interesse sein muss.

Der aktuelle Zustand der Gewerkschaften in Deutschland kann im Folgenden nur annäherungsweise skizziert werden.²³ Der Fokus soll ja insgesamt auf die Aspekte Partizipation, Demokratie und Transparenz gerichtet bleiben. Daher verstehen sich die folgenden Ausführungen immer mit Blick auf diese Aspekte.

3.2.1. Zum Zustand der Gewerkschaften

Es ist „durchaus denkbar, dass die Gewerkschaften durch den gegenwärtigen sozioökonomischen Umbruch zum Verschwinden gebracht oder in eine randständige Existenz gedrängt werden“ (Frerichs et al. 2004: 169). Mit dieser Annahme ist nicht gesagt, dass die Lage der Gewerkschaften dramatisch schlecht sei, sondern lediglich, dass sie nicht naturnotwendig ihre jetzige gesellschaftliche Bedeutung behalten werden. Oder anders: Wenn Gewerkschaften in Deutschland ihre Bedeutung nicht verlieren wollen, müssen sie sich den strukturellen Problemen stellen und genau reflektieren, wie sie ihre für lohnabhängig Beschäftigte nach wie vor zentrale Funktion untermauern und für die Zukunft sichern können. Und auch hier wird es – wie schon bei den Parteien – darauf hinauslaufen, dass eine Erneuerung ohne die Beachtung der zentralen Parameter „soziale Gerechtigkeit“ und „Partizipation“ nicht erfolgreich sein kann.

Der grundlegende Unterschied zwischen der Situation der politischen Parteien und der Gewerkschaften besteht darin, dass erstere sich zu einem erheblichen Anteil selbst depotenziert bzw. delegitimiert haben, während letztere besonders stark von externen Faktoren getroffen wurden. So ist es ein unumstößliches Faktum, dass die sukzessive Globalisierung der Weltwirtschaft eine strukturelle Übermacht von Kapitalinteressen gegenüber den Interessen von Beschäftigten erzeugt. Zwar wird der Begriff „Globalisierung“ seitens des neoliberalen Diskurses immer wieder dazu missbraucht, im nackten Eigeninteresse Schreckensszenarien über den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit zu zeichnen. Doch lässt sich eine Internationalisierung der Organisationsstrukturen des Kapitals und eine Flucht aus national begrenzten Regularien zumindest bei den großen und tonangebenden Großbetrieben und Konzernen kaum von der Hand weisen. Produktionsstandorte werden in Billiglohnländer verlagert, billige Arbeitskräfte im Inland senken die Preise der Ware Arbeitskraft, und das immer

23 Zur anhaltenden Diskussion über die Lage der Gewerkschaften vgl. etwa Riexinger 2000, Hensche 2003, Klammer/Hoffmann 2003, Frerichs et al. 2004, Holst/Aust/Pernicka 2008, Brinkmann/Nachtwey 2010.

schneller und zügelloser um den Globus flottierende Finanzkapital hat sich von einer Kopplung an reale Werte und Güter gelöst, so dass hier – mit kräftiger Unterstützung durch eine extrem marktaffine Politik – eine wirtschaftliche Großmacht ohne verbindlichen Bezug zur volkswirtschaftlichen Realität entstanden ist. Die weltweite Finanzkrise 2008 hat das ganze Ausmaß dieser Entwicklung drastisch vor Augen geführt.

Durch diese Prozesse der Auslagerung, Rationalisierung und radikalen Ausrichtung von wirtschaftlichem Handeln am so genannten „Shareholder Value“ sind die traditionellen Machtquellen von Gewerkschaften erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Sie haben strukturelle Macht, Organisationsmacht und institutionelle Macht in relevantem Ausmaß verloren (Brinkmann/Nachtwey 2010).

- Die *strukturelle Macht* der Gewerkschaften lässt in dem Maße nach, in dem sich die Stellung von Beschäftigten im Produktionsprozess verschlechtert: Nach wie vor gibt es jene „Reservearmee“ von Erwerbslosen, von der schon bei Marx die Rede war und die dafür sorgt, dass Arbeitsplatzbesitzer bezüglich des Lohns, der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen zunehmend unter Druck geraten. Bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit und einem gelockerten Kündigungsschutz verringert sich die Neigung von Beschäftigten, sich für bessere Tarife und mehr Mitbestimmung im Betrieb einzusetzen, obschon das Engagement für diese Ziele in der gegebenen Situation besonders wichtig wäre.
- Der Verlust an struktureller Macht zieht einen Verlust von *Organisationsmacht*, also der „Fähigkeit zu kollektivem Handeln“ (Brinkmann/Nachtwey 2010), nach sich. Die Folge ist ein immer weiter fortschreitender Mitgliederschwund, der in vielen Branchen mittlerweile zu einer erheblichen Einschränkung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit geführt hat. Verlust struktureller Macht und Verlust von Organisationsmacht bedingen und verstärken einander, so dass in Branchen oder Regionen, wo Gewerkschaften nur schwach vertreten sind, die fehlende Organisationsmacht nicht als Ansporn zum Engagement der Be-

schäftigten für ihre Interessen wirkt, sondern eher zu Apathie und Interesselosigkeit führt.

- Durch das Scheitern der korporativistischen Arrangements im Zuge der Internationalisierung der Wirtschaft und durch die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik seit der „Agenda 2010“ wird auf Dauer auch die *institutionelle Macht* der Gewerkschaften geschwächt. Nach dem Zerfall des „Bündnisses für Arbeit“ zu Beginn der Regierung Schröder ist der Einfluss der Gewerkschaften auf staatliches Handeln erheblich gesunken, eine Tendenz, die sich im Zuge der Hartz-Reformen noch verstärkte, da mit dem Wechsel der SPD zu einer marktliberalen Angebotspolitik die natürliche Bündnispartnerin – bis auf Weiteres – verloren ging. Insgesamt gibt es einen engen Zusammenhang zwischen dem Bedeutungsverlust der Gewerkschaften und der weitreichenden Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschaftsdeologie und damit verbundener Politik. Der seit etwa zwei Jahrzehnten laufende ideologische Großangriff auf Errungenschaften wie Sozialstaat, angemessene Unternehmensbesteuerung und Regulierung der Wirtschaft hat mittlerweile auch in (vormals) linken Köpfen Bewusstseinstatsachen geschaffen. Heute kann man unwidersprochen die marktliberalen Ideologeme wie Gemeinplätze artikulieren, ohne dass man mit ernsthaftem Widerstand zu rechnen hätte: Die Rente lässt sich angeblich nur durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit sichern, die sozialen Sicherungssysteme sind angeblich zu teuer, wer von Sozialhilfe oder „Hartz IV“ lebt, dem geht es angeblich zu gut, Deutschland ist angeblich ein Hochlohn- und Hochsteuerland usw. Diese und andere marktliberale Gemeinplätze, die allesamt bloße Behauptungen mit zumindest fragwürdigen Begründungen und Prämissen darstellen, sorgen *in toto* für eine Schwächung gewerkschaftlicher Positionen. Dass Gewerkschaften umstandslos und mit der guten Aussicht auf Zustimmung als Besitzstandswahrer und träge Dinosaurier dargestellt werden können, zeigt die objektive Schwierigkeit, mit gewerkschaftlichen Anliegen relevant im öffentlichen Diskurs „vorzukommen“.

So wurden etwa und werden auch heute Gewerkschaften für ihren Widerstand gegen die

„Verbetrieblichung der Tarifpolitik“ (Klammer/Hoffmann 2003) als „Hardliner“ und Unbelehrbare gescholten. Den neuen wirtschaftlichen Herausforderungen, so das gängige Argument, könne man nicht mehr mit langwierig ausgehandelten Flächentarifverträgen beikommen, die Zeiten hätten sich geändert usw. Was als Flexibilisierung gefordert und gefeiert wurde, nämlich das Abweichen von Flächentarifverträgen zugunsten „günstigerer“ Lohnsätze vor Ort, bedeutet nicht nur für viele Arbeitnehmer Lohnverluste, sondern schränkt auch die Gewerkschaftsmacht erheblich ein, da ihr Einfluss im einzelnen Betrieb sinkt. Die Folge ist, dass sich mehr und mehr Beschäftigte nicht mehr durch die Gewerkschaften vertreten fühlen und ihnen den Rücken kehren. Wenn aber Flächentarifverträge ihre Bedeutung verlieren, finden auch Arbeitgeber schnell heraus, dass sie die Gewerkschaften eigentlich nicht mehr brauchen. Die Entkopplung der Interessenvertretung für Beschäftigte im einzelnen Betrieb von der Gesamtinteressenvertretung aller lohnabhängig Beschäftigten ist damit vorgezeichnet.

Ein weiteres Problem für die Gewerkschaften ist die Ausdifferenzierung ihrer Klientel. Für das klassische Normalarbeitsverhältnis (unbefristete Vollzeitbeschäftigung) ließen sich seitens der Gewerkschaften noch klare Forderungen definieren. Im Zeitalter der Leiharbeiter, der befristet Beschäftigten, der Honorarkräfte und Teilzeitbeschäftigten ist das nicht mehr so leicht und führt ebenfalls zur Schwächung der Verhandlungsposition gegenüber dem Arbeitgeberlager. Das Zeitalter der prekären Beschäftigung, das seit einigen Jahren begonnen zu haben scheint, isoliert die Einzelnen im Produktionsprozess und sorgt für Entsolidarisierungstendenzen. Bereits in den 1980er Jahren wurden diese Tendenzen der Auflösung der traditionellen Klassen von Pierre Bourdieu (und freilich auch anderen) beschrieben (Bourdieu 1985). Wenn für jeden Arbeitnehmer andere Konditionen gelten (verschiedene Löhne von Betrieb zu Betrieb, Unterschiede zwischen Festangestellten und Leihbeschäftigten, zwischen Unbefristeten und Befristeten usw.), dann fächern sich die Klassenunterschiede in einem dreidimensionalen sozialen Raum auf und lassen sich nicht mehr „in der Fläche“ definieren. Die Klassege-

sellschaft perpetuiert sich in der Gestalt massiver sozialer Ungerechtigkeit, ohne dass die Rede von „den Klassen“ noch länger passend wäre. Die Sache selbst erhält sich, während die Sprache dafür verloren geht. Das gilt erst recht für arbeitnehmerähnliche Beschäftigung, wie sie in manchen Branchen (Grafik, Internet, PR-Beratung, Erwachsenenbildung usw.) mittlerweile die Regel ist. Während also das Arbeitgeberlager von Flexibilisierung und Deregulierung im Interesse des „Standorts“ und guter Geschäfte sprechen kann, steht die Gewerkschaftsbewegung mit alternden Begriffen von Solidarität und Kampf beiseite und wirkt unflexibel und unbelehrbar, obschon ihre Anliegen genauso legitim sind wie zu allen Zeiten vorher auch.

Das sind nur wenige Schlagworte, die illustrieren sollen, inwiefern die Gewerkschaften gewissermaßen objektiv in die Krise rutschen mussten. Um zu neuen strategischen Optionen zu gelangen, gehört es aber natürlich dazu, den Anteil, den die Gewerkschaften selbst an ihrem Bedeutungsverlust haben, zu benennen. In dieser Hinsicht lässt sich vor allem sagen, dass sie lange Zeit eher mit Anpassung auf die neuen Rahmenbedingungen reagiert haben. Die pragmatische Orientierung auf Tarifverhandlungen und das Vertrauen in die alten Strukturen des Korporatismus in der „Deutschland AG“ hatte Vorrang vor gesellschaftspolitischen Zielen und Visionen, in denen die neue Lage hinreichend reflektiert wird. Zu lange ging man davon aus, dass die institutionelle Macht der Gewerkschaften im Zuge des alten korporatistischen Arrangements zwischen Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ausreichen würde, um auch unter neuen Bedingungen für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne zu sorgen. Doch das ist heute nicht mehr der Fall. Zwar verfügen die Gewerkschaften nach wie vor über Macht, doch ist ihr Einfluss in dem Maße zurückgegangen, wie die Internationalisierung der Wirtschaft fortschreitet und staatliche Politik sich vorwiegend um die Bedingungen für die Kapitaleseite kümmert. Diese Situation erfordert neue Strategien zur Förderung solidarischen Handelns. Diesbezüglich gibt es für die Gewerkschaften noch viel zu tun.

3.2.2. Sicherung der gesellschaftlichen Machtbalance: Funktionsanalyse der Gewerkschaften

Die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung bedeutet zugleich eine Einschränkung ihrer gesellschaftlichen und politischen Funktionen. Diese Funktionen sind für die soziale Demokratie von erheblicher Bedeutung. Der Staat alleine könnte – selbst wenn eine entsprechende Programmatik oder Absicht seitens der aktuellen Protagonisten zu erkennen wäre – die Durchsetzung gleicher Lebensverhältnisse in einem sozialen Rechtsstaat nicht alleine durchsetzen. Dazu bedarf es (unter anderem) des Engagements und der Macht gewerkschaftlicher Organisation, die sich gegenüber dem Arbeitgeberlager ganz anders aufstellen kann als die letztlich auf Kooperation und Ausgleich angewiesene öffentliche Hand. Man muss nicht auf Freiligrath zurückgreifen, um an diesen bisweilen in Vergessenheit geratenen Zusammenhang zu erinnern.

Die gewerkschaftliche Grundfunktion ist die „Verminderung der Konkurrenz unter den Anbietern der Ware Arbeitskraft“ (Riexinger 2000). Das Kernanliegen aller Arbeitnehmerorganisationen war es immer, die Vereinzelung von Arbeitnehmern, die in der kapitalistischen Wettbewerbslogik lediglich ihre Arbeitskraft als Ware auf dem Markt anbieten können, zu überwinden, indem sie Interessen an fairen Löhnen und akzeptablen Arbeitsbedingungen bündeln und mit der Sanktionsmacht der Vielen verbinden. Wo der einzelne Beschäftigte schutzlos den Interessen und der Dominanz der Arbeitgeberseite ausgeliefert ist, können die zur Gewerkschaft zusammengeschlossenen Vielen dieser Dominanz eine solidarische Gegenmacht entgegensetzen. Die gewerkschaftliche Gegenmacht war und ist immer auf diese Kernfunktion gerichtet gewesen. Daraus leiten sich die

– Funktion der Gewerkschaften als streitbarer und gegebenenfalls zum sozialen Kampf bereiter Partner von Politik und Unternehmen bei der Regulierung der Arbeitsbeziehungen (Klammer/Hoffmann 2010) sowie

– ihre Funktion als *gesellschaftspolitische Kraft* mit übergreifenden sozialpolitischen Vorstellungen (ebenda)

ab.

Um diese Funktionen erfüllen zu können, müssen die Gewerkschaften folgende Aufgaben leisten:

– Sie müssen klare *Position in der sozial- und verteilungspolitischen Debatte* beziehen, um für das Anliegen fairer Arbeitsbedingungen allgemeine Legitimation beanspruchen zu können. Die marktliberale Gegenposition trachtet dagegen danach, den gewerkschaftlichen Kampf um soziale Anerkennung von Arbeitnehmeransprüchen als Besitzstandswahrung oder Klientelpolitik zu desavouieren und damit seine Legitimität zu bestreiten.

– Daher müssen Gewerkschaften, wenn sie nicht legitimatorisch ins Hintertreffen geraten wollen, immer auch ihre Kernanliegen in der Arbeitswelt mit einer gegen marktfixierte Logik gerichteten *Ideologiekritik* verbinden. Dieser gesellschaftspolitische Ansatzpunkt ist notwendig, um im eigentlichen Ringen um gute Arbeitsbedingungen argumentativ bestehen und genügend Energie und Engagement mobilisieren zu können.

– Daraus folgt in den Zeiten der Internationalisierung und transnationalen Ausbreitung des Kapitals heute *ein europäisches bzw. internationales Selbstverständnis*. Gewerkschaften können, selbst wenn sie groß wie die IG Metall sind, im nationalen Rahmen nur noch eingeschränkt erfolgreich sein.

– Zudem kommt es für Gewerkschaften heute darauf an, dass sie ihre klassische *Klientel ausweiten* und um Beschäftigte aus Branchen erweitern, die bislang nicht zu den klassischen Mitgliedsgruppen gehörten. Die Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di war eine logische und folgerichtige Konsequenz aus diesem Erfordernis. Denn seitdem ist es potenziell (und bislang mit wechselhaftem Erfolg) möglich, Beschäftigte aus für Gewerkschaften schwierigen Branchen wie Gebäudereinigung, Callcentern, Internet und Kommunikation usw. anzusprechen und zu organisieren.

Dass die Gewerkschaften heute in einer schwierigen Lage sind, liegt vor allem daran, dass ihre Organisationsmacht abnimmt, was einerseits mit den objektiven Veränderungen in der Arbeitswelt zusammenhängt, andererseits aber auch auf die bislang nur unzureichende Reaktion auf diese Veränderungen zurückzuführen ist. Mit dem Verlust an gewerkschaftlicher Macht ist vor allem ihre Rolle als legitimer Widerpart einer immer stärker werdenden Kapitalmacht berührt.

Diese tendenzielle Schwächung der Gewerkschaften als wichtiges und unabdingbares Element einer gesamtgesellschaftlichen Machtbalance ist das eigentliche Problem. Und hier zeigt sich auch der Zusammenhang mit der Krise der sozialen Demokratie. Es spricht vieles dafür, dass ohne starke Gewerkschaften keine gesellschaftlich ausgewogene Verteilung von Teilhabechancen möglich ist. Die genannten Krisenmomente der Gewerkschaften sind zu einer ernststen Gefahr für die soziale Demokratie geworden. Die Handlungsfähigkeit von lohnabhängig Beschäftigten, auf die jede soziale Demokratie angewiesen ist, erweist sich als das gefährdete Gut. Und hier liegt die entscheidende Bedeutung der Gewerkschaften für die Gesellschaft.

Unter 1.2. wurde der Wandel vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement als eine Entwicklung beschrieben, die mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel zusammenhängt. Die drei Entwicklungslinien – *Verbindung von Solidarität und Selbstverwirklichung, Individualisierung und Politisierung von bürgerschaftlichem Engagement* – stehen für eine gesellschaftliche Bewegung zu mehr Demokratie, Partizipation und Selbstbestimmung. Hier gilt für Gewerkschaften dasselbe wie für Parteien: Wenn sie ihre wichtige gesamtgesellschaftliche Funktion behalten und erneuern wollen, dann müssen sie sich entlang dieser Entwicklungslinien neu formieren.

Das berührt – wie bei den Parteien – Organisationsformen und Veranstaltungstypen, die die klassische Gewerkschaft zu bieten hat. Wenn sich das Engagement weg vom Ehrenamt hin zu projektbezogenen Aktionen mit temporärem Charakter verschoben hat, dann muten traditionelle

Gewerkschaftsapparate wenig attraktiv an. Aber solche Diskussionen um Organisationsformen können auch hier nicht viel mehr als Voraussetzungen für den eigentlichen und dezidiert politischen Prozess der Erneuerung gewerkschaftlicher Strategien sein. Der strategische Prozess muss viel stärker in Richtung Partizipation und Mitgliederorientierung organisiert werden. Den oben beschriebenen Tendenzen können Gewerkschaften nur erfolgreich entgegentreten, wenn sie es schaffen, eine neue demokratische Dynamik der Mitbestimmung und des Kampfes für „gute Arbeit“ zu entfachen. Eine auf Funktionäre ausgerichtete bloß mandatorische Strategie von Gewerkschaftspolitik muss darum scheitern und wird auf Dauer nicht weiterführen. Das Streben nach guten und fairen Bedingungen in der Arbeitswelt kann heute seine Energie nicht mehr aus der interesselundelnden Kraft homogener Arbeitermilieus, sondern nur noch aus den demokratisch motivierten Einstellungen von politisch-ideologisch heterogenen Arbeitnehmern oder Beschäftigten ziehen. Diese lassen sich heute nur gewerkschaftlich motivieren, wenn sie in relevanter Weise mitbestimmen und gewerkschaftliche Positionen mitgestalten dürfen. Die Frage, wie sich gewerkschaftliche Gegenmacht heute erfolgreich gegen Kapitalverwertungsinteressen in Stellung bringen lässt, hängt intrinsisch mit der demokratischen Verfasstheit gewerkschaftlicher Organisation zusammen. Das ist die große Aufgabe, die es heute für Gewerkschaften zu bewältigen gilt.

Nun zieht die wiederholt geführte Rede von der demokratischen Erneuerung in Parteien und Gewerkschaften natürlich die Frage nach sich, was genau unter Demokratie eigentlich zu verstehen ist. *Die These lautet, dass nur vor dem Hintergrund eines deliberativen Demokratieverständnisses die Grundzüge einer neuen demokratischen Kultur sinnvoll formuliert werden können.* Der folgende Abschnitt bezieht sich auf diese These und legt die Voraussetzungen für die Möglichkeit neuer demokratischer Beteiligungsprozesse dar. Von hier aus lassen sich dann neue demokratische Optionen entwickeln.

4. Deliberatives Demokratieverständnis als Voraussetzung für Wandel

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Demokratie mehr als ein politisches Entscheidungsverfahren ist. Neben den institutionell geregelten Verfahren – die freilich unabdingbar sind – ist vor allem die normative Intuition entscheidend, die mit Demokratie verbunden ist. Diese Intuition bringt zum Ausdruck, dass es vor dem Hintergrund anerkannter politischer und sozialer Grundrechte schlechterdings kein Argument gegen das Ideal der demokratischen Selbstbestimmung geben kann. Wenn es richtig ist, dass alle Menschen qua Geburt Anspruch auf gleiche politische und soziale Teilhabe an der Gesellschaft haben, dann kann daraus nur ein normatives Demokratieverständnis folgen – ganz unabhängig davon, wie weit es in der politischen Wirklichkeit möglicherweise verfehlt wird. Demokratie muss nicht nur funktionieren, sie muss auch das Vertrauen und den Glauben an die Möglichkeit sozialen Fortschritts im Sinne von mehr sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit ständig erneuern, um als eine für alle plausible Herrschaftsform gelten zu dürfen.

Auch unter den komplexen Bedingungen der Gegenwart bleibt die Idee, dass Demokratie ein Projekt der Selbstbestimmung von menschlicher Gemeinschaft ist, für den demokratischen Prozess leitend. Dieses Projekt einer kollektiven Aneignung des Gemeinwesens versucht sich an der Verwirklichung von Freiheit ohne Autorität. Wo Willkür war, soll Verständigung herrschen, das ist im Kern die Idee. Vorstellungen, in denen Demokratie lediglich als ein rationaler Regelungsmechanismus für Sachfragen betrachtet wird, der gegenüber anderen Formen der Staatslenkung schlicht effizienter sein soll (vgl. kritisch dazu Habermas 1992, Buchstein/Jörke 2003), vernachlässigen jenes zentrale Element der Demokratie, das am schwersten zu fassen ist: die demokratische Emphase und die für das Funktionieren der

Demokratie notwendige Grundüberzeugung, dass diese Herrschaftsform gerechter und deshalb besser ist als andere. Der Zweifel vieler Menschen an diesem Zusammenhang von Rechtsförmigkeit und Gerechtigkeit, der in aktuellen empirischen Befunden aufscheint, ist die wichtigste Erklärung für Demokratiedistanz und Politikverdruss. Und alle Versuche, die Krise zu meistern, müssen hier ansetzen, und Parteien und Gewerkschaften als Kerninstitutionen der sozialen Demokratie stehen im Zentrum dieser Versuche.

Die historische Stärke der Idee der Demokratie besteht darin, dass sie das doppelte Versprechen von Gleichheit und Partizipation mit sich führt (Jörke 2006: 254). Dass alle Menschen gleich seien und jeder das gleiche Recht auf politische Teilhabe besitze, ist eine ungebrochen attraktive Verheißung. Und jede real existierende Demokratie muss sich an den Postulaten von Gleichheit und Partizipation messen lassen.

Nun heißt das normative Ideal der demokratischen Selbstbestimmung zu beschreiben natürlich nicht, einer idealistischen Naivität zu folgen. Der heute grassierenden Demokratieskepsis kann man nicht einfach das simple Bekenntnis zum demokratischen Ideal entgegenhalten. Ein wesentlicher Grund für Demokratiedistanz und Politikverdruss besteht ja gerade darin, dass viele Menschen angesichts der aktuellen Lage offensichtlich die Verbindung zwischen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und dem auf sozialen Fortschritt angelegten politischen „Projekt Demokratie“ nicht (mehr) sehen und sich deshalb z. B. nicht an Wahlen beteiligen oder sich von Parteien und Gewerkschaften abwenden. Wenn die demokratische Emphase, die Begeisterung für Beteiligung und eigenes Engagement und damit für die Arbeit in Parteien und Gewerkschaften reaktiviert werden soll, dann muss vor dem Hintergrund aktueller Bedingungen geklärt werden,

welches Modell von Demokratie als Maßstab gelten soll. Erst der Rekurs auf ein plausibles Demokratieverständnis erlaubt eine Wiederbelebung des demokratischen Projekts und eine tiefere Einsicht in die Bedeutung von Partizipation und Demokratisierung.

Demokratie unter Bedingungen zunehmender Komplexität

Das Signum des beginnenden 21. Jahrhunderts ist die zunehmende Komplexität der Welt. Damit geht die Pluralisierung der gesellschaftlichen Lebenswelten mit einer heute unüberschaubaren Vielfalt an Lebensentwürfen und politischen, kulturellen und religiösen Einstellungen einher. Unter solchen Umständen in einem Gemeinwesen das integrierende Moment einer gemeinsamen demokratischen Meinungs- und Willensbildung zu begründen, ist nicht leicht.

Und doch muss es gelingen: Denn nur vor dem Hintergrund einer weitgehenden Pluralisierung von Lebensstilen und Weltansichten darf man heute noch nach Formen des Zusammenlebens suchen, in denen tatsächlich Freiheit und Gemeinsinn in ein befriedetes Verhältnis zueinander treten können, so dass gesellschaftlicher Zusammenhalt dauerhaft erhalten bleibt. Private Autonomie und öffentliche Freiheit bleiben wechselseitig aufeinander verwiesen. Das bedeutet konkret, dass der erschreckend hohe Anteil von Demokratiedistanzierten und Politikverdrossenen nur für das demokratische Projekt zurückgewonnen werden kann, wenn auch unter den Bedingungen von Komplexität und Pluralisierung der Zusammenhang zwischen meinem Leben und dem Zustand des Gemeinwesens (das heißt: dem Leben aller anderen) klar wird. Ohne die Einsicht in den Zusammenhang von privater Freiheit (des Einzelnen) und öffentlicher Freiheit (in der Gesellschaft) vermag Demokratie weder zu funktionieren noch als Fortschrittsprojekt zu begeistern. Es wäre ja ansonsten nicht einsichtig,

warum die derzeitigen „Gewinner“ einer Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich und in Teilhabende und Ausgeschlossene überhaupt noch mit den Verlierern einer solchen Entwicklung in das schwankende Boot einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung steigen sollten.²⁴

Wie immer die Lösung lauten mag: Die Komplexität moderner Gesellschaften bedingt eine Veränderung der herkömmlichen Begriffe von Staat und Gesellschaft. Heute darf man den Staat nicht mehr als bloßen Ausdruck gesellschaftlicher Einheit betrachten. Der Satz: „Der Staat, das sind wir doch alle“, mag rhetorisch nützlich sein, um zum Beispiel Solidarität und Zusammenhalt zu beschwören. Er unterläuft aber die Komplexität des modernen Staatswesens. Dieses zeichnet sich gerade dadurch aus, dass es eben nicht „wir alle“ ist, sondern in abstrakter Weise administrativ handelt und dabei sowohl eine eigene Sprache – die Sprache der Verwaltung – schafft als auch sich immun macht gegen spontane Regungen und Stimmungen aus der Gesellschaft. Insofern entsteht durch administratives Handeln das politische Konstrukt „Staat“, welches unter modernen Bedingungen nicht etwa eine politische Einheit der Gesellschaft zum Ausdruck bringt, sondern einen komplexen Mechanismus, einen bestimmten Typus politischen Handelns erzeugt. Die Differenz zwischen staatlichem Handeln und der diffusen politischen Gemengelage in der Gesellschaft erzeugt eine Distanz zwischen der staatlichen Ebene und der gesellschaftlichen Lebenswelt. Der Staat ist nicht der Ausdruck gesellschaftlicher Einheit, sondern soll einheitliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung gesellschaftlicher Vielfalt zur Verfügung stellen. Alle Sehnsüchte nach „starker Politik“ und „Führungsstärke“ müssen an diesem Umstand scheitern. Sie scheiden als Lösungswege aus der Krise der Demokratie aus, weil sie den Umstand der Komplexität und das Faktum der Pluralisierung nicht hinreichend berücksichtigen. Die abstrakte Stel-

24 Seit einigen Jahren zeichnet sich eine gefährliche Tendenz der Abschottung so genannter gesellschaftlicher Eliten gegenüber den anderen Bevölkerungsschichten ab. Die Einstellungen von gesellschaftlichen Eliten zum Gleichheitsprinzip und damit zu den Grundlagen der Demokratie sind, so scheint es zumindest, bereits teilweise erodiert. Das Gerede von den Unterschichten, die „von Natur aus“ minderbegabt und daher zu Recht oder gewissermaßen unvermeidlich marginalisiert seien, steht – so der Eindruck – kurz davor, gesellschaftsfähig zu werden. Dies wäre für die Demokratie sehr problematisch.

lung des Staates zur Gesellschaft stellt hohe Anforderungen an die Erwartungen des Einzelnen in staatliches Handeln, ist aber letztlich unausweichlich. Insbesondere für die politischen Parteien, bei denen diese Einsicht bislang wenig Raum gegriffen hat, bedeutet das, dass sie in anderer als gewohnter Weise an der politischen Meinungsbildung mitwirken müssten (s. Abschnitt 5.).

Die Folge dieser Einsicht in die Komplexität und Pluralität moderner Gesellschaften besteht vor allem darin, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft nicht so zu verstehen, dass die Gesellschaft in dem Staat ihren Ausdruck findet, sondern beide Komponenten, Staat und Gesellschaft, als dynamische und ständig veränderbare multiple Größen zu betrachten, die sich zueinander in vielschichtige Verhältnisse setzen. Innerhalb der Gesellschaft gibt es unzählige einzelne Perspektiven, Interessen und Organisationsstrukturen privater, wirtschaftlicher und bürgergesellschaftlicher Art, die sich ergänzen, widersprechen oder einfach nebeneinander herlaufen können. Der Staat wiederum gliedert sich in verschiedene politische Gewalten (gesetzgebende, ausführende und rechtsprechende Gewalt), unterschiedliche Kompetenzebenen (Kommunen, Länder, Bund) und zahllose Verwaltungseinheiten und -zuständigkeiten.

In dieser dichten Gemengelage kommt es praktisch nie vor, dass sich aus der Gesellschaft ein einheitlicher Willensstrom bildet, der dann den Staat zu einer einheitlichen Politik veranlassen würde. Schon das durch turnusmäßige Wahlen hervorgerufene (und politisch gewollte) Kommen und Gehen von Kommunal-, Landes- und Bundesregierungen mit unterschiedlichen politischen Ausrichtungen, die sich dann wiederum in Körperschaften wie dem Bundesrat oder auch dem Städtetag vermischen und wechselseitig strategisch beeinflussen, verhindert – zumindest unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts – eine einheitliche Richtung oder ein einheitliches Bild von staatlicher Politik. Das löst häufig Unmut und populäre Forderungen nach mehr Einheit im staatlichen Handeln aus. Es ist

heute ein beliebter Grundton in journalistischen Kommentaren und politischen Statements geworden, an „den“ Staat oder „die“ Politik zu appellieren, doch bitte endlich zu einheitlichen und eindeutigen Beschlusslagen zu kommen. Das kommt auch in den bekannten Klagen über „die Politik“ und ihre Akteure sehr gut zum Ausdruck – eine riesige und bisher kaum reflektierte Herausforderung für Parteien, die sich für das große Publikum immer noch vorwiegend als „Simplifizierer“ und „Wahlversprecher“ entwerfen.

Damit ist eine grobe Skizze der komplexen Bedingungen gegeben, unter denen Demokratie heute funktionieren muss. Doch für bloßes Funktionieren wird man niemanden begeistern können. Das „Projekt Demokratie“ muss nicht nur in der Lage sein, unter komplexen Bedingungen rechtsstaatlich einwandfreie Entscheidungen zu „produzieren“ – das vermag es ja ganz gut. Es muss darüber hinaus auch als eine Sache erscheinen, für die es sich zu engagieren und zu streiten lohnt.

Beratschlagende Demokratie als Modell

Das deliberative Modell der Demokratie trägt dem Komplexitätsproblem Rechnung, indem es den politischen Prozess selbst als Grundbaustein für die demokratische Ordnung betrachtet (vgl. Habermas 1996: 289ff.).²⁵ Die Freiheit des Einzelnen und ein gerechtes Gemeinwesen miteinander in Einklang zu bringen bedeutet hier, Demokratie zunächst und vor allem als eine Prozedur der Meinungs- und Willensbildung zu betrachten, die faire und gerechte Verfahren garantiert. Was bei den Verfahren der Entscheidungsfindung jeweils inhaltlich herauskommt, ist Sache der streitenden Parteien und kann nicht von oben herab präjudiziert werden. Das Verfahren garantiert die Rückbindung von Beschlüssen an rechtsstaatliche Prinzipien und damit an das Prinzip der Volkssouveränität, welches eben nicht nur in regelmäßigen Wahlen, sondern im aktiven Engagement der Bürgerinnen und Bürger seinen Ausdruck findet.

25 Der Begriff Deliberation geht zurück auf das Verb *deliberare* (lateinisch) – erwägen, beratschlagen, beschließen.

Das deliberative Modell rechnet mit der regelmäßig auftretenden Situation unvereinbarer Positionen unter komplexen pluralistischen Bedingungen, in denen jeweils Kompromisse gefunden werden müssen. In einer historischen Situation, in der niemand für sich beanspruchen darf, die richtige Politik, den richtigen Lösungsansatz unzweifelhaft zu besitzen, hebt es die Bedeutung von Verständigungsprozessen und Verfahren der Meinungs- und Entscheidungsfindung hervor.

Die deliberative Variante des Demokratieverständnisses konzentriert sich ganz auf die Verfahrensregeln der Politik, das heißt diejenigen Bedingungen für den politischen Prozess, die vernünftige Resultate erwarten lassen. Vernünftig heißt hierbei: Das Zustandekommen von Regeln, Gesetzen, Vorschriften und Beschlüssen für das Zusammenleben in einer Gesellschaft ist so beschaffen, dass die Ergebnisse nachvollziehbar und anschlussfähig sind. Sie müssen in breiten gesellschaftlichen Debatten entstanden sein und für weitere Debatten, andere politische Mehrheiten und neue Entscheidungen unter neuen Gesichtspunkten offen bleiben. Es leuchtet unmittelbar ein, dass hierin gerade für gesellschaftliche Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften ein attraktives Modell zur Erneuerung ihrer Politik liegt.

Denn dieses Modell deliberativer Politik bietet die Chance, der Politik- und Parteienverdrossenheit mit einer neuen Kultur der politischen Beteiligung zu begegnen. Dazu wäre freilich ein radikaler Einstellungswechsel nötig. Die Politik der politischen Parteien müsste sich wieder viel stärker der Aufgabe bewusst werden, den politischen Prozess als Prozess der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung zu sehen. Und Gewerkschaften müssten viel stärker an eine Solidarität appellieren, die ihre Wurzeln nicht nur in den ökonomischen Interessen von lohnabhängig Beschäftigten, sondern in einer gesellschaftspolitischen Orientierung sieht.

Allerdings soll hier die Innovationsnotwendigkeit nicht an eine Verfallsgeschichte anschließen. Es geht *nicht* um die Wiederbelebung vermeintlich verlorengegangener demokratischer Tugenden, sondern um eine Neuerfindung des Politischen selbst. Politik wäre dann neu zu verstehen als kollektiver Aneignungsprozess des Gemeinwesens, bei dem sich auch die heute Parteifrustrierten und Demokratiedistanzierten der Vorstellung öffnen würden, dass die Gestaltung von Gesellschaft ihre eigene Angelegenheit ist und daher ihr persönliches Engagement einen Unterschied macht. Genau an diesem Punkt müssen Parteien und Gewerkschaften – auf je eigene Weise – ansetzen, um zu neuen Strategien zu gelangen.

5. Strategische Optionen für Parteien und Gewerkschaften

Bis hierher wurde die Frage vorbereitet, welche Einstellungs- und damit auch Strategiewechsel Parteien und Gewerkschaften benötigen, um den Anforderungen an ein – heute alternativloses – deliberatives Demokratieverständnis gerecht zu werden. Um neue Beteiligungsprozesse zu initiieren und solidarisches Denken und Handeln zu fördern, müssen sich Parteien und Gewerkschaften über ihre jetzigen Handlungsstrategien (oder auch über das Fehlen ebensolcher) Rechenschaft ablegen, um zu neuen Wegen gelangen zu können.

Nun lassen sich die Elemente der Erneuerung zusammentragen und resümieren:

- Die *Krise der sozialen Demokratie* und der Einstellungen zur Demokratie erfordert einen Strategiewechsel der gesellschaftlichen Großorganisationsformen Partei und Gewerkschaft;
- der *Wandel in den individuellen Einstellungen* von Menschen zum Engagement (Ergänzung des Solidaritätsgedankens durch das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung, Individualisierung und Pluralisierung, Partizipation und Selbstbestimmung) erfordert neue Strategien der kollektiven Aktion;
- die notwendige *Vitalisierung der Demokratie* dreht sich um die Kernelemente Partizipation, Deliberation, Reformulierung der Sozialen Frage und „Neuerfindung“ des Politischen.
 - *Partizipation*: Die Teilhabe von möglichst vielen Mitgliedern ist für den Fortbestand von Parteien und Gewerkschaften essentiell.
 - *Deliberation*: Demokratische Politik kann heute nur als ein dynamischer und veränderlicher Prozess der Deliberation (Beratungsschlagung) aus der Perspektive von Teilnehmenden verstanden werden und nicht mehr als Top-Down-Strategie von Funktionären für Mitglieder oder Betroffene.

- *Reformulierung der Sozialen Frage*: Wenn demokratische Beteiligungsprozesse tatsächlich Wirkung zeigen sollen, dann wird das nur möglich sein, wenn neue Strategien auch zu einer neuen Politik des Sozialen in Parteien (vor allem der SPD) und Gewerkschaften führen.
- *Neuerfindung des Politischen*: Die aktuelle Lage erfordert nichts weniger als eine Neuerfindung des Politischen unter den Vorzeichen echter demokratischer Beteiligung und einer Rückbesinnung auf die Idee der Demokratie als kollektiver Aneignung des Gemeinwesens.

Der Strategiewechsel in Parteien und Gewerkschaften resultiert aus den vorgenannten Bedingungen, kombiniert mit einer veränderten Aufgabenstellung, die man wie folgt pointieren kann:

Parteien: Von der Meinungsführerschaft zur Meinungsbildung

Demokratische Beteiligungsprozesse lassen sich heute nur initiieren, wenn Parteien eine Neuinterpretation ihrer politischen Rolle vornehmen. Die Mitwirkung an der politischen Meinungsbildung nach Art. 21 GG haben sie jahrzehntelang als Inanspruchnahme politischer Meinungsführerschaft interpretiert. Diese Interpretation konnte nur solange plausibel sein, wie Parteien über ideologische Grundpositionen mit korrespondierender Verankerung in stabilen sozialen Milieus verfügten. Solche Voraussetzungen sind heute nicht mehr gegeben. Im gesamten politischen Spektrum sind klare weltanschauliche Orientierungen weitgehend verloren gegangen, was keineswegs bedeutet, dass solche Orientierungen heute nicht mehr möglich wären. Sie müssten nur unter Berücksichtigung der veränderten Be-

dingungen angemessen reformuliert werden. Und das bedeutet heute eben eine Neufassung der Rolle der Parteien. Sie müssten, statt zu versuchen, an der hergebrachten Meinungsführerschaft mit daraus abgeleiteter Verkündigungs- und Wählerbeglückungspolitik festzuhalten, zur Mitwirkung an der politischen Meinungsbildung und damit zu ihrem eigentlich im Grundgesetz vorgesehenen Auftrag finden. Neuerfindung des Politischen hieße für Parteien, tatsächlich einen Schritt zu einer neuen und progressiven Haltung für Politik im 21. Jahrhundert zu unternehmen. Das würde ihre Attraktivität erheblich steigern und sie wieder zu authentischen Orten des Politischen machen.²⁶

Die Aufgabe vor allem der Partei der Sozialdemokratie ist in dieser Situation eigentlich recht klar und auch vom Vorsitzenden Sigmar Gabriel auf dem Parteitag in Dresden im November 2009 bereits deutlich formuliert worden: Es ist eine Revision des neoliberal verformten Sozialstaatsverständnisses nötig. Das bedeutet aber keine Rückkehr zur SPD der 70er und 80er Jahre. Es bedeutet vielmehr, demokratische Politik aus der Sicht der Betroffenen und Leidtragenden zu machen und (vor allem!) diese an der Entstehung sozialdemokratischer Politik zu beteiligen. Was früher „Schutzmacht der kleinen Leute“ hieß, muss für heutige Bedürfnisse übersetzt werden. Der unausweichliche Erneuerungsprozess der SPD muss sowohl von der Orientierung am Sozialstaatsgedanken gekennzeichnet sein als auch von der Idee, dass Politik heute nur noch sinnvoll als breit angelegter Beteiligungsprozess gelingen kann. Das sind die Anforderungen an die Vitalisierung der Demokratie (Roland Roth) unter sozialdemokratischen Vorzeichen.

Vor diesem Hintergrund seien hier nur schlagwortartig Elemente des demokratischen Erneuerungsprozesses der Parteien und insbesondere der SPD genannt:

- Auf die Formulierung einer neuen Politik der sozialen Gerechtigkeit im Sinne der skizzierten Reformulierung der sozialen Frage muss großen Wert gelegt werden. Hier gibt es die größ-

ten Defizite, was die zögerliche und uneindeutige Haltung zur Rente mit 67, zur Revision der Hartz-Reformen, zur Steuerpolitik und zur Regulierung der Finanzmärkte sehr gut zeigt.

- Die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen – inklusive deren Einbindung in den innerparteilichen Meinungsbildungsprozess – muss erheblich verstärkt werden. Eine kürzlich durchgeführte Ortsvereinsbefragung des SPD-Parteivorstandes hat gezeigt, dass die Verankerung der SPD in gesellschaftlichen Gruppen heute nur noch vergleichsweise schwach ausgeprägt ist. Die SPD ist ihrer gesellschaftlichen Sensoren verlustig gegangen, und dies gilt es zu ändern.
- Dazu sind jedoch andere Formen der Beteiligung und der Ansprache nötig. Die SPD könnte Brücken bauen in die Gesellschaft, indem sie ihre Kreisbüros und zumindest Teile ihrer Infrastruktur bürgerschaftlichen Organisationen kostenlos zur Verfügung stellt.

Dies sind freilich nur Richtungsangaben für die Reflektion über neue Politik. Wie und mit welchen Schritten ein Kurs der Erneuerung eingeschlagen werden könnte, lässt sich nicht in Thesen und Papieren, sondern nur im Rahmen einer neuen politischen Kultur für und in Parteien klären. Dass diese Kultur nicht allein schon deshalb Einzug halten wird, weil sie demokratiepolitisch dringend geboten wäre, ist auch evident. Umso mehr lohnt der Einsatz dafür.

Gewerkschaften: Vom sozialen Kampf um Anerkennung zur Sicherung von sozialen Standards

Solidarisches Denken und Handeln lässt sich heute nur fördern, wenn die Gewerkschaften ihre Rolle ebenfalls überdenken und vom Kampf um Anerkennung sozialer Rechte zum Einsatz für eine umfassende Sicherung sozialer Standards gelangen. Das eigentliche Problem in der Arbeitswelt besteht ja heute nicht mehr darin, dass soziale Rechte *als solche* umstritten wären oder erkämpft werden müssten. Vielmehr sind die

26 Der starke Zuspruch, den die Partei der Grünen derzeit erfährt, zeugt möglicherweise von einem beginnenden Aufbruch in diese Richtung, das kurzzeitige Hoch der FDP auf dem Weg zur Bundestagswahl 2009 dagegen eindeutig nicht.

Errungenschaften, die aus den sozialen Rechten folgen, nämlich die sozialen Standards (fairer Lohn, gute Arbeitsbedingungen) dasjenige, was der Sachzwanglogik der Kapitalverwertung zum Opfer zu fallen droht. Die alte Kampfhaltung der Gewerkschaften konnte nur solange verfangen, wie sie tatsächlich soziale Rechte erstreiten und diese mit konkretem sozialen Fortschritt in Form von mehr Lohn und besseren Arbeitsbedingungen verbinden konnte. Heute geht es um die Sicherung der durch die beschriebenen Entwicklungen erneut gefährdeten sozialen Standards. Gewerkschaftspolitik müsste unter Berücksichtigung der veränderten Bedingungen angemessen reformuliert werden. Um den heute stark ausdifferenzierten Lebenslagen und Arbeitszusammenhängen von Beschäftigten gerecht zu werden, bedarf es einer partizipativ und deliberativ ausgerichteten Neujustierung gewerkschaftlicher Aufgaben.

Dabei steht eins fest: „Die Gewerkschaften sind – trotz mancher Schwächen – nicht die Reformbremsen und Besitzstandsverteidiger. Sie haben durchaus zukunftsweisende Konzepte zur Weiterentwicklung der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Tarifpolitik entwickelt; sie werden in der öffentlichen Debatte allerdings häufig ignoriert“ (Klammer/Hoffmann 2003). Die Debatten über angeblich starre Gewerkschaftsapparate, die seit vielen Jahren von F.A.Z., SPIEGEL und anderen (so genannten) Leitmedien erfolgreich am Laufen gehalten werden, konnten sich bislang stets auf den günstigen Rückenwind einer von neoliberalen Denken (Stärkung der Angebotsseite, „fetter“ Sozialstaat, unflexible Arbeitnehmer und unwillige Erwerbslose) unterstützten Diskursordnung verlassen. Diese Ordnung des Diskurses wird solange erfolgreich sein, wie

a) die neoliberalen Maximen sich weiterhin erfolgreich im kollektiven Bewusstsein einer um normative Orientierung ringenden „spätkapitalistischen“ Gesellschaft festsetzen und

b) die Gewerkschaften nicht mehr Druck auf das politische System auszuüben vermögen.

Bezüglich (a) zeichnen sich seit der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise deutliche Erosionserscheinungen bei den neoklassischen Glaubenssätzen ab. Zumindest ist es – was viele Jahre kaum möglich schien – seit einiger Zeit wieder möglich, die marktliberale Doktrin ernsthaft in Frage zu stellen. Was (b) angeht, so liegt es an den Gewerkschaften selbst, zu einer Revitalisierung ihrer Kräfte zu gelangen. Das wird ihnen nur gelingen, wenn demokratische Beteiligung und echte Partizipationsperspektiven innergewerkschaftlich eine deutliche Aufwertung erfahren. Denn die Bereitschaft von lohnabhängig Beschäftigten zum sozialen Kampf um Anerkennung von Geltungsansprüchen auf fairen Lohn, gute Arbeitsbedingungen, ein ausgewogenes Verhältnis von Erwerbsarbeit und freier Zeit etc. hängt von den realistischen Erfolgsperspektiven, vor allem aber von den Möglichkeiten echter Beteiligung am innergewerkschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess ab.

Die strategische Grundüberlegung muss sein, dass sich solidarisches Denken und Handeln nur zur Sicherung sozialer Standards mobilisieren und nutzen lassen, wenn Partizipation und Demokratisierung Leitbildcharakter erhalten. Es kommt tatsächlich darauf an „der alten Idee der ‚Solidarität‘ ein neues Gesicht zu geben“ (Klammer/Hoffmann 2010). Neue strategische Handlungsoptionen müssen hier ansetzen.

6. Handlungsempfehlungen

Das strategische Paradigma, das haben die vorangegangenen Ausführungen zeigen wollen, muss heute „Partizipation und Demokratisierung“ heißen. Das klingt einfach und ist heute auch durchaus in aller Munde. Doch ist es bis zur tatsächlichen Etablierung noch ein weiter Weg. Die folgenden Handlungsempfehlungen verstehen sich nicht als idealistische Zuschreibungen für eine durch und durch problematische Praxis, sondern als Anregungen für eine im Grunde alternativlose Suchbewegung, die vor allem die Organisationen der sozialen Demokratie, also SPD und Gewerkschaften, dringend unternehmen müssen, um auch in Zukunft als relevante gesellschaftliche Kräfte wirken zu können.

Doch weder Parteien noch Gewerkschaften sind bislang energisch genug an Partizipation und Demokratisierung orientiert (was nicht heißt, dass nicht einzelne Protagonisten die Zeichen der Zeit erkannt hätten). Der Hierarchiedanke dominiert unverändert, „oben“ und „unten“ sind nicht das Resultat zeitlich begrenzter demokratischer Legitimationszuschreibung qua demokratischem Wahlakt, sondern als quasi vormoderne Kategorien in den Köpfen stabil wie eh und je.

Die politische Kultur ist in diese Denkungsarten eingeübt, kaum ein Gedanke an echte partizipative Erneuerung oder demokratisch motivierte Emanzipation ist zu erkennen im normativ ernüchterten Alltag der Politik. Der Nachwuchs in Parteien und Gewerkschaften lernt als erstes das Spiel von Mehrheitsbeschaffung und „Vernetzung“. Personen kommen und werden vereinnahmt, noch ehe sie die Gelegenheit gehabt hätten, eigene Positionen zu entwickeln und tatsächlich frischen Wind in die Organisationen zu bringen.

Worauf es heute ankommt, ist die Erkenntnis, dass das alte System zwar noch lebt, aber auf Dauer nicht überlebensfähig ist. Es hat keine Zu-

kunft mehr, weil es nur funktionieren konnte, solange Parteien und Gewerkschaften ideologisch einigermaßen gefestigte Organisationen waren. Da diese Voraussetzung heute nicht mehr gegeben ist, bedarf es einer Neubesinnung auf Demokratisierung und Partizipation, denn nur im demokratisch organisierten Diskurs unter möglichst breiter Beteiligung lassen sich tragfähige neue Orientierungen gewinnen. Strategien müssen von unten kommen und sich nach oben ausbreiten, nur dann haben sie Aussicht auf Erfolg. Dagegen ist bis heute kein plausibles Argument formuliert worden. Und auch der Hinweis auf die angeblich unverrückbaren Spielregeln der Realpolitik hilft hier nicht weiter. Eine neue demokratische Praxis, die tatsächlich die emanzipatorischen Ziele einer Politik des Sozialen und der sozialen Demokratie ernst nähme, muss auch neue Spielregeln für die Alltagspraxis mit sich bringen.

Die folgenden Handlungsempfehlungen bieten in genau dieser Hinsicht einige Ansätze. Um neue Beteiligungsprozesse zu initiieren und solidarisches Denken und Handeln zu fördern, bedarf es eines Abweichens von der bisherigen Praxis, die ja schließlich den gegenwärtigen Zustand hervorgerufen hat.

Parteien

Die Handlungsempfehlungen gelten im Grunde für alle Parteien, sofern sie sich den im Grundgesetz niedergelegten Prinzipien der sozialen Demokratie verbunden fühlen. In besonderem Maße ist jedoch die Partei der sozialen Demokratie selbst adressiert:

– *Einbindung neuer gesellschaftlicher Gruppen*

Der Kontakt zu zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen – genauer: zu den Gruppen, die für soziale Demokratie entscheidend sind (prekär

Beschäftigte, Leiharbeitnehmer, Erwerbslose, sozial Benachteiligte, Arbeiter und einfache Angestellte, Alleinerziehende, chronisch Kranke usw.) – ist vor allem in den großen Parteien weitgehend verloren gegangen. Eine Ortsvereinsbefragung der SPD im Sommer 2010 ergab eindeutig, dass die früher selbstverständliche personelle Verankerung der Partei in der eigenen Klientel schwächer geworden ist. Zudem ist es nicht im selben Maß gelungen, andere Gruppen (kleine Selbstständige, Freiberufler, Patchwork-Familien usw.) neu zu gewinnen. Die unteren Gliederungen der Partei sollen dazu angeregt werden, ihr jeweiliges soziales Umfeld systematisch zu analysieren und für die entscheidenden Gruppen Beauftragte oder Zuständige zu benennen. Dabei sollen sie von ihrem Kreis- oder Landesverband Unterstützung in Form von Schulungen und Workshops erhalten.

- *Neue Formen der Ansprache und der Beteiligung*
Die bisherigen Formen der Beteiligung und der Ansprache wirken auf viele Menschen, die neu in Parteien kommen oder sich für eine Mitarbeit interessieren, befremdlich und oft auch abstoßend. Die Phase des Eintritts geht oft in eine des Austritts über, weil man den Eindruck hat, „hier nicht richtig“ zu sein. Zudem sind die Mechanismen der Auswahl von Personal in informeller Weise extrem vermachtet. Das „Provinzfürstentum“ regiert hier nahezu ungebrochen. Wenn es gelingen soll, den viel beklagten Mangel an gutem Personal für Mandate und Ämter zu überwinden, ist eine Öffnung der Entscheidungsmechanismen nach außen unvermeidlich. Die unteren Gliederungen der Parteien sollen neue Mechanismen der Ansprache und eine neue Willkommenskultur initiieren, die über die Übergabe des Parteibuchs hinausreicht. Es muss ein Neumitgliederbeauftragter vorhanden sein, der Interessenten und neue Mitglieder gezielt nach ihren Motivationen und Interessen befragt und sie gezielt in bestehende Projekte einbindet oder zu neuen ermutigt.
Die Aufstellung von Kandidatenlisten für Wahlen muss nach außen geöffnet werden. Es sollten Vorwahlen nach amerikanischem Vorbild

stattfinden, um die nahezu ausschließliche Macht der Funktionäre zu brechen. Politik wird erst dann wieder politisch, wenn es bei der Auswahl von Personen um echte Alternativen und vor allem echte politische Alternativen geht.

- *Neuer Politikstil*

Ursächlich für die gegenwärtig geringe Attraktivität von Parteipolitik ist eine über lange Zeit eingeübte (Un-)Kultur der „Basta-Politik“ und des „Durchregierens“ von oben. Offene Debatten mit Kritik und echten Argumenten kommen hier nicht nur nicht vor, sie sind den Protagonisten nach einer gewissen Zeit der Zugehörigkeit zu diesem hermetischen System gar nicht mehr als Möglichkeit vor Augen. Jeder kritische Beitrag wird sogleich als „Kampfansage“ und taktisches Manöver verstanden. Eine Kultur des demokratischen Streits ist dramatisch unterentwickelt. Ein neuer Politikstil und eine demokratische Debattenkultur lassen sich nicht beschließen, sondern nur einüben. Zur Unterstützung für diesen nicht einfachen kollektiven Lernprozess sollten politische Prozesse innerhalb von Parteien mit Hilfe externer Expertise und Diagnose analysiert und kritisch reflektiert werden. So wie in den Parteizentralen Wahlkämpfe strategisch ausgewertet werden, müssten wichtige Entscheidungssituationen kommunikativ ausgewertet werden. Wissenschaftlich gestützte Evaluation und Aufarbeitung der Parteipraxis sind notwendige Elemente der Erneuerung.

- *WEB 2.0: Notwendige Partizipation*

Die neuen Medien wurden im Zusammenhang mit Barack Obamas Präsidentschaftswahlkampf als das neue Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit gefeiert. Doch im Bundestagswahlkampf 2009 zeigte sich sehr deutlich, dass WEB 2.0-Formate nur funktionieren, wenn man die Interaktivität des Mediums Internet tatsächlich ernst nimmt. Die (leider) in der SPD-Wahlkampfzentrale („Nordkurve“) geübte Praxis, einerseits Blogs, Chats und Foren über die Politik der SPD einzurichten, um sie dann seitens der Wahlkampfleitung zu zensieren und zu kontrollieren, schreckt sofort alle Neugierigen und Interessierten ab und zerstört

massiv Vertrauen. Wer nicht authentisch an einem kritischen Diskurs interessiert ist, dem sollte man dringend von WEB 2.0-Formaten abraten! Wenn Parteien sich jedoch auf die Debatte mit kritischen, internetaffinen, oft jungen Wählerinnen und Wählern einlassen wollen, dann ist dafür eine geeignete Infrastruktur erforderlich. Es braucht Social-Media-Experten in Kombination mit journalistisch versierten Autoren, die in der Lage sind, sich außerhalb der gestanzten und floskelhaften Sprache der Politik zu bewegen. Und es braucht Arbeitsstrukturen, die in der Lage sind, die Resultate des virtuellen Diskurses mit dem politischen Handeln der Partei zu verknüpfen.

– *Flügel stutzen*

Ein Hemmschuh für die Erneuerung demokratischer Potenziale in Parteien sind ihre Flügel. Zwar ist es nicht problematisch, dass es in einer Partei verschiedene Strömungen und Meinungsschwerpunkte gibt. Schließlich braucht der demokratische Meinungsstreit verschiedene Auffassungen und Meinungen, um überhaupt in Gang zu kommen. Problematisch wird es, wenn die Parteiflügel zu eigenständigen Organisationen, zu Parteien in der Partei werden. Sie haben dann eigene Geschäftsstellen, Geschäftsführer, Kassen und Programme. Sie verstehen sich vordergründig als Karrierenetzwerke, in denen politische Positionen zweitrangig werden. Schließlich haben sie heute eine innerparteiliche Macht erlangt, die an den demokratisch legitimierten offiziellen Gremien vorbeigeht bzw. diese überlagert. Wer heute bspw. in der SPD einen regulären Beschluss erwirken will, hat keine Chance, auf einem Parteitag – dem höchsten beschlussfassenden Gremium der Partei – etwas durchzusetzen, wenn er nicht vorher mit den Flügeln und deren „Sprechern“ verhandelt und seinen Preis in Form von Zugeständnissen und Pöstchenzusagen gezahlt hat. An genau dieser Stelle entsteht demokratiepolitisch das Problem – und die Parteien stehen dem bislang tatenlos gegenüber. Die Flügel der Parteien als „quasi-offizielle“ Subgremien mit Kassen und Geschäftsführern sollen qua Statut untersagt werden.

– *Bekanntnis zu linker Reformpolitik*

Wie oben dargelegt, ist die Misere der Parteien, vor allem aber der SPD, in erster Linie nicht in organisatorischen oder Werbedefiziten zu suchen. Vielmehr handelt es sich beim Attraktivitätsproblem um ein politisches Problem. Zehn Millionen Wählerinnen und Wähler weniger bei der Bundestagswahl 2010 (verglichen mit dem Wahlsieg 1998) zeugen nicht von einer Aversion gegen Parteistrukturen, sondern von einer fehlenden Politik der sozialen Gerechtigkeit. Die soziale Frage ist erst durch das Konzept der „Neuen Mitte“ ausgeblendet und dann durch die Agenda-Reformen verschärft thematisiert worden – Letzteres allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Nicht die Strukturkrise des Kapitalismus sorgt für soziale Not inmitten der reichen Gesellschaft, sondern die sozial Benachteiligten müssen sich fragen lassen, ob sie nicht für ihre prekäre Lage selbst Verantwortung übernehmen sollten. Die 2009 in Dresden auf dem Parteitag begonnene kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik muss zwingend fortgesetzt werden. Unter starker Beteiligung der Parteibasis der SPD, die nach wie vor mehrheitlich gegen die Agenda-Reformen eingestellt ist, muss eine systematische Revision der so genannten aktivierenden Sozialstaatspolitik unternommen werden. Dazu sollten eigene Gremien geschaffen und verstetigt werden, die als ständiges Ziel die Einbeziehung der Parteibasis in Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sichert.

– *Netzwerkpartei/Partei als Teil der Bürgergesellschaft*

Ein einigermaßen gesicherter Befund besteht in der Erkenntnis, dass vor allem die Volksparteien den Kontakt zu weiten Teilen der Bevölkerung verloren haben. Das liegt nicht nur an der geschilderten Vernachlässigung einer Politik des Sozialen zugunsten wirtschaftsfreundlicher Angebotspolitik, sondern auch an der Auflösung der traditionellen sozialen Milieus. Für die SPD ist gelegentlich das Konzept der Netzwerkpartei formuliert worden. Die Netzwerkpartei orientiert sich nicht an Milieus, sondern an solidarischen Interessenlagen, die

in verschiedenen „Soziotopen“ geteilt und unterstützt werden können. Entscheidend dabei ist, dass Verantwortung und damit auch Macht geteilt werden. Netzwerke können letztlich nur über demokratische Prozesse organisiert werden. Der Übergang der SPD zur Netzwerkpartei sollte durch systematische Verbindungen zur Bürgergesellschaft und ihren Assoziationen gesucht werden. Das impliziert auch die Bereitschaft, mit bürgerschaftlichen Akteuren außerhalb der Partei Ressourcen wie Räume und Organisationskraft zu teilen.

– *Publizistische Gegenmacht organisieren – linke Boulevardpresse*

Ein Hauptproblem bei der Formulierung politischer Gegenentwürfe zum nach wie vor dominanten marktliberalen Paradigma ist die Meinungsmacht von Massenmedien und Boulevardpresse. Hier gelingt es jederzeit mühelos, auf dem Rücken sozial Schwacher und Ausgegrenzter Stimmungen für Sozialabbau und gegen gesellschaftliche Integration zu erzeugen. Vor allem die Partei der Sozialdemokratie sollte darüber nachdenken, wie sie mit Hilfe von geeigneten Publikationsstrategien zu einer medialen Gegenmacht finden kann. In der Tradition der politischen Auseinandersetzung galt der Einfluss auf Medien und ihre Meinungsströme als entscheidend. Daher wäre zu prüfen, ob und wie alternative, aber massentaugliche Medienformate entwickelt werden können. Der Versuch der SPD, die Parteizeitung „Vorwärts“ zu einem gut lesbaren, aber kritischen und massentauglichen Diskursmedium zu machen, ist an politischen Interventionen aufgrund unliebsamer Berichterstattung gescheitert. Hier sollte ein neuer Versuch der Redefinition von Parteizeitung unternommen werden, um dem öffentlichen Deliberationsprozess der sozialen Demokratie eine größere Wirkung zukommen zu lassen.

Gewerkschaften

– *Jugendarbeit*

Gewerkschaften müssen einen Großteil ihrer Anstrengungen gegen den Mitgliederverlust in die Gewinnung von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stecken. In den Betrieben muss jede Neueinstellung systematisch mit gewerkschaftlichen Angeboten vertraut gemacht werden. Die politische Bildung und berufliche Orientierung in der Schule muss auch seitens der Gewerkschaften genutzt werden, um für ihre Anliegen zu werben. Ein erheblicher Teil des Nachwuchsproblems der Gewerkschaften dürfte in einer weitgehenden Unkenntnis über Daseinsgrund und Aufgabe gewerkschaftlicher Organisation liegen.

– *Öffentlichkeitsarbeit/Neoliberale Glaubenssätze bekämpfen*

Gewerkschaften sind in den letzten zehn Jahren vor allem politisch-ideologisch in die Defensive geraten. Sie gelten als Hemmschuh in einem auf Effizienz und „Shareholder Value“ ausgerichteten Wirtschaftssystem. Dabei ist historisch erwiesen, dass langfristig diejenigen Unternehmen am erfolgreichsten sind, in denen ernsthafte innerbetriebliche Mitbestimmung existiert. Der Anspruch, durch solidarische Strategien der Umverteilung und Mitbestimmung das „bessere“ Wirtschaftssystem zu vertreten, muss seitens der Gewerkschaften wieder viel stärker betont werden. Die Bekämpfung neoliberaler Glaubenssätze muss daher – auch zur Bestärkung der eigenen Mitgliedschaft – in der Tagesordnung ganz nach vorne gestellt werden. Die neoliberale Logik des Shareholder Value konnte sich nur deshalb durchsetzen, weil sie über Jahrzehnte beharrlich propagiert wurde. Hier ist es eine der wichtigsten Aufgaben organisierter Arbeitnehmermacht, für Gegengewichte zu sorgen.

– *Innengewerkschaftliche Mitsprache/Verhältnis von Haupt- und Ehrenamt*

Wie Organisationen des Dritten Sektors haben Gewerkschaften das Problem, dass sie ohne hauptamtliches Personal nicht arbeitsfähig und andererseits auf das Engagement von Ehrenamtlichen und Freiwilligen angewiesen sind. Das Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamt ist daher in der Organisationsentwicklung von Gewerkschaften besonders zu beachten. Gewerkschaftszentralen, in denen nur hauptamtliche Funktionäre und Referenten arbeiten, sind unvermeidlich, aber problematisch. Daher ist die Suche nach Arbeitsstrukturen, die beides miteinander vereinen, für Gewerkschaften überlebenswichtig, wenn sie auf

Dauer glaubwürdig Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort machen wollen. Die Frage, wie Gewerkschaften zu bündigen Strategien und Stellungnahmen in zentralen Fragen gelangen wollen, beantwortet sich im Miteinander von Ehrenamt und Hauptamt.

Für Handlungsempfehlungen gilt dasselbe wie für alle Politik: Sie müssen in einem deliberativen, partizipativen und demokratischen Prozess diskutiert und abgestimmt werden. Erste Vorschläge dazu sind – als ein möglicher Beitrag zur Erkundung neuer Wege – an dieser Stelle formuliert worden. Die nächsten Schritte müssten in der politischen Praxis erfolgen.

Literatur

- Baus, Ralf Thomas (Hrsg.) 2009: Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung, Sankt Augustin / Berlin.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang 1976: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt am Main.
- Blühdorn, Ingolf 2006: Billig will Ich. Postdemokratische Wende und simulative Demokratie. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Nr. 4/2008: 72-83.
- Bourdieu, Pierre 1985: Sozialer Raum und „Klassen“. Zwei Vorlesungen, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre 1998: Prekarität ist überall. In: Ders. Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz, S. 96-102.
- Breit, Gotthard 1992: „Machtversessen und machtvorgessen“. Zur Diskussion um die Parteienscheitler von Bundespräsident Richard von Weizsäcker. In: Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung. Nr. 4/1992: 509-518.
- Brinkmann, Ulrich; Nachtwey, Oliver 2010: Krise und strategische Neuorientierung der Gewerkschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13-14 2010 (Online unter: <http://www.bpb.de/publikationen/QLVVD6,0,0,Krise_und_strategische_Neuorientierung_der_Gewerkschaften.html>).
- Buchstein, Hubertus; Jörke, Dirk 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: Leviathan. Nr. 4/2003: 470-495.
- Buchstein, Hubertus; Nullmeier, Frank 2006: Einleitung. Die Postdemokratie-Debatte. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Nr. 4/2006: 16-22.
- Crouch, Colin 2008a: Postdemokratie. Frankfurt am Main.
- Crouch, Colin 2008b: Postdemokratie. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Nr. 4/2008: 4-7.
- Dathe, Dietmar; Priller, Eckhard; Thürling, Marleen 2010: Mitgliedschaften und Engagement in Deutschland. WZBrief Zivilengagement. Nr. 2/2010 (hg. v. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung).
- Embacher, Serge 2009: Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Bonn.
- Embacher, Serge; Lang, Susanne 2008: Lern- und Arbeitsbuch Bürgergesellschaft. Eine Einführung in zentrale bürgerschaftliche Gegenwarts- und Zukunftsfragen. Bonn.
- Embacher, Serge; Roth, Roland 2010: Ein neuer Gesellschaftsvertrag. Rahmungen für Corporate Citizenship. Hg. v. Centrum für Corporate Citizenship. Berlin.
- Enquete-Kommission 2002: Bürgerschaftliches Engagement – auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages. Schriftenreihe. Band 4. Opladen.
- Fischer, Karsten (2006): Die jüngste Versuchung der Demokratie. „Postdemokratie“ und Politik-Netzwerke. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Nr. 4/2006: 47-57.

- Frerichs et al. 2004: Zukunft der Gewerkschaften. Arbeitspapier 44 der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.
- Gensicke, Thomas; Picot, Sibylle; Geiss, Sabine 2006: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Wiesbaden.
- Guéhenno, Jean-Marie 1994: Das Ende der Demokratie. München.
- Habermas, Jürgen 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bände. Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen 1996: Drei normative Modelle der Demokratie. In: Ders. Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main, S. 277-292.
- Hensche, Detlef 2003: Wozu noch Gewerkschaften? In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 8/2003: 903-906.
- Hofmann, Gunter; Perger, Werner A. (Hrsg.) 1992: Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion. Frankfurt am Main.
- Holst, Hajo; Aust, Andreas; Pernicka, Susanne 2008: Kollektive Interessenvertretung im strategischen Dilemma – Atypisch Beschäftigte und die „dreifache Krise“ der Gewerkschaften. In: Zeitschrift für Soziologie, Nr. 2/2008: 158-176.
- Jörke, Dirk 2005: Auf dem Weg zur Postdemokratie. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Nr. 4/2005: 482-491.
- Jörke, Dirk 2006: Warum „Postdemokratie“? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Nr. 4/2006: 38-46.
- Kaase, Max 1982: Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien? In: Raschke, Joachim (Hrsg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen, S. 173-189.
- Klammer, Ute; Hoffmann, Reiner 2003: Unvermindert wichtig: Gewerkschaften vor alten und neuen Aufgaben. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47-48 2003 (Online unter: <http://www.bpb.de/publikationen/EMZU1R,0,0,Unvermindert_wichtig%3A_Gewerkschaften_vor_alten_und_neuen_Aufgaben.html>).
- Kleinert, Hubert 2007: Abstieg der Parteiendemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35 - 36, S. 3 - 11.
- Leif, Thomas 2009: Angepasst und ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfalle. München.
- Lippl, Bodo 2008: Klare Mehrheiten für den Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche Wertorientierungen im internationalen Vergleich. Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn (Online unter: <<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05789.pdf>>).
- Luhmann, Niklas 2000: Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Mayer, Tilman; Kronenberg, Volker (Hrsg.) 2009: Volksparteien, Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg im Breisgau.
- Merseburger, Peter 2006: Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist. München.
- Mielke, Gerd 2005: „I'll get by with a little help from my friends“. Zum Verhältnis von Parteien und bürgerschaftlichem Engagement. In: Daniel Dettling (Hrsg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Zum Verhältnis von Macht und Beteiligung. Wiesbaden 2005: 117-130.

- Mielke, Gerd 2009: Parteienkrise durch Parteieliten? Anmerkungen zur Diskussion über den Niedergang der deutschen Parteien. Wiesbaden.
- Mielke, Gerd; Eith, Ulrich 2008: Im Versuchslabor. Der Strukturwandel des deutschen Parteiensystems. In: Blätter f. dt. und internationale Politik. Nr. 4/2008: 94-103.
- Münkler, Herfried 2010: Ist die SPD politisch überflüssig geworden? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 1/2010.
- Richter, Emanuel 2006: Das Analysemuster der „Postdemokratie“. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Nr. 4/2006: 23-37.
- Rixinger, Bernd 2000: Auswege aus der politischen Krise der Gewerkschaften. In: UTOPIE kreativ. Nr. 111, Januar 2000: 52-56.
- Roth, Roland 2000: Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven. In: Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.) 2000: Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor. Band 1. Opladen, S. 25-48.
- Roth, Roland 2010: Partizipation. Begriffe, Formen, Bedeutung. Ms. (im Erscheinen).
- Rucht, Dieter 2010: Engagement im Wandel. Politische Partizipation in Deutschland. WZBrief Zivilengagement. Nr. 1/2010 (hg. v. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung).
- Schumpeter, Joseph A. 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 2., erw. Aufl., München.
- Sennett, Richard 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.
- Steffani, Winfried 1988: Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Nr. 19/1988: 549-560.
- Von Alemann, Ulrich 1989: Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Rekrutierung, Konkurrenz, Responsivität. Hagen.
- Von Alemann, Ulrich 2003: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Von Rosenblatt, Bernhard 2000: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Bd. 1: Gesamtbericht. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart.
- Von Weizsäcker, Richard 1992: Im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger. Frankfurt am Main.
- Walter, Franz 2009: Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte vom Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration. Bielefeld.
- Weber, Max 1922: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Verstehenden Soziologie. Tübingen.
- Wiesendahl, Elmar 2005: Das Ende der Mitgliederpartei. Die Parteiendemokratie auf dem Prüfstand. In: Daniel Dettling (Hrsg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Zum Verhältnis von Macht und Beteiligung. Wiesbaden.
- Wiesendahl, Elmar 2006: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden.

Der Autor

Dr. Serge Embacher

geboren 1965, lebt in Berlin. Er ist Politikwissenschaftler und Publizist. Nach dem Studium der Publizistik, Germanistik und Politikwissenschaft promovierte er mit einer Arbeit über kritische Theorie der Öffentlichkeit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bürgergesellschaft und Demokratiep politik. Zurzeit leitet er die Koordinierungsstelle des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).



Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftspolitik

Finanzkrise kostet jeden Deutschen im Schnitt mehr als 9.000 Euro

WISO direkt

Wirtschaftspolitik

Rente mit 67: Zwischen Demographie und Arbeitsmarkt

WISO direkt

Nachhaltige Strukturpolitik

Eine Energiepolitik für die Zukunft

WISO direkt

Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Europas unterschätzte Ungleichheit

WISO direkt

Steuerpolitik

Welche Steuerpolitik gehört zum „sozialdemokratischen Modell“?

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Was die Verbraucherpolitik von der Verhaltensökonomie lernen kann

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Was die Verbraucherpolitik wissen sollte – Handlungsfelder der Verbraucherforschung

WISO direkt

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

Neuordnung der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs Bündelung, Subsidiarität und Anreize für ein zukunftsfähiges Angebot

WISO Diskurs

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen

Das Programm Soziale Stadt Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Bedarfsbemessung bei Hartz IV Zur Ableitung von Regelleistungen auf der Basis des „Hartz-IV-Urteils“ des Bundesverfassungsgerichts

WISO direkt

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

Perspektiven der Erwerbsarbeit: Facharbeit in Deutschland

WISO Diskurs

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

Die Mitbestimmung im Kontext europäischer Herausforderungen

WISO direkt

Arbeitskreis Dienstleistungen

Arbeitsplatz Hochschule Zum Wandel von Arbeit und Beschäftigung in der „unternehmerischen Universität“

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Die Sozialstruktur Deutschlands Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Integrationspolitik der Europäischen Union

WISO Diskurs

Frauen- und Geschlechterforschung

Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II

WISO Diskurs

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

www.fes.de/wiso